

In der Stadt war am Sonnabendabend von Wolffs Telegraphenbureau folgende Meldung verbreitet worden:

Kassel, 13. März. (WZ) Vom Reichwehrgruppenkommando II wird uns mitgeteilt: In Berlin hat sich eine neue Regierung der Arbeit unter Generallandschaftsdirektor Kapp als Reichsregierung gebildet. Es sollen nur Fachminister herangezogen werden. Alle Parteien sind ausnahmslos zur Bildung der neuen Regierung aufgefordert. Der Regierungswechsel hat sich ohne Blutvergießen vollzogen. Der Oberbefehlshaber des Reichwehrgruppenkommandos II in Kassel, dessen Befehlsbereich ganz Westdeutschland umfaßt, hat die ihm unterstehenden Truppen angewiesen, mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen. Diese Absicht muß von der Gesamtbevölkerung unterstützt werden. Ein Streik würde Unruhen zur Folge haben, die Lebensmittelversorgung verhindern und den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands unterbrechen. Alle Behörden bleiben an der Arbeit. Wo erforderlich, wird der verschärfte Ausnahmezustand verhängt werden. Wie aus Berlin verlautet, herrscht dort Ruhe. Generalkriegsminister Scheidemann ist eingetroffen.

Als am Sonntag Oberbürgermeister Scheidemann schriftlich gegen diese Stellungnahme für Kapp beim Reichwehrgruppenkommando Protest erhob und eine ungenügende Antwort erhielt, wollte das „Kasseler Volksblatt“ folgendes Extrablatt verbreiten:

Scheidemann

an das Reichwehrgruppenkommando II.
Der Abgeordnete Scheidemann hat am Sonntag vormittag an das Reichwehrgruppenkommando, zu Händen Sr. Exzellenz v. Schöler, folgendes Schreiben gerichtet:

Kassel, den 14. März 1920.

Die deutschnationalen „Kasseler Allgemeine Zeitung“ hat am Abend des 13. d. M. ein Sonderblatt verbreitet, das mit diesen Zeilen beginnt:

„Vom Reichwehrgruppenkommando II wird uns mitgeteilt: In Berlin hat sich eine neue Regierung der Arbeit unter Generallandschaftsdirektor Kapp als Reichsregierung gebildet. Es sollen nur Fachminister herangezogen werden. Alle Parteien sind ausnahmslos zur Bildung der neuen Regierung aufgefordert. Der Regierungswechsel hat sich ohne Blutvergießen in größter Ordnung vollzogen.“

Wenn es sich nicht um eine Fälschung des genannten Blattes handelt, und das Reichwehrgruppenkommando in der Tat eine solche Veröffentlichung veranlaßt hat, so lege ich als Mitglied der Nationalversammlung für den Bezirk Kassel-Frankfurt a. M. im Einverständnis mit meinen vielen Zeitgenossen von Wählern entschiedene Verwahrung ein. Die Veröffentlichung muß von der Bevölkerung als eine Parteinahme zugunsten meuternder Soldaten, die sich gegen die Reichsregierung erhoben haben, aufgefaßt werden. Die Reichsregierung unter der Präsidentschaft Eberts und der Reichslandtagspräsidentschaft Bauer ist ordnungsmäßig gebildet worden nach den Bestimmungen der Reichsverfassung. Die Reichsverfassung ist gesetzmäßig beraten und beschlossen worden von der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung. Die Truppen der Reichswehr und deren Führer sind auf die deutsche Verfassung vereidigt worden. Soldaten, die sich hinter Herrn Kapp stellen, brechen ihren Schwur. Die Regierung Ebert-Bauer ist die rechtmäßig bestehende, augenblicklich von gewissenlosen Menschen verregierte Reichsregierung und für die Reichswehr kann es nur zu Recht bestehen, diese gesetzmäßig geschaffene und zu Recht bestehende Regierung zu schützen.

In der Erwartung, daß Herr Exzellenz die Veröffentlichung der „Kasseler Allgemeinen Zeitung“ als Fälschung bezeichnen können, zeichne ich

Scheidemann, Mitglied der Nationalversammlung.

An das

Reichwehrgruppenkommando

S. O. St. Exz. Herrn Generalleutnant v. Schöler

Kassel.

Dieses Extrablatt wurde verboten.

Am Sonntagabend ließ dann General v. Lohberg einen Vertreter der S. O. D. zu sich bitten und teilte ihm mit, die Sache stehe so, daß der ganze Osten, Oberschlesien, Pom-

ern, wahrscheinlich auch Mecklenburg und Ostthüringen zu der neuen Regierung halten. Er befürchte, daß, wenn nicht Teile zerfallen oder der Bürgerkrieg beginnen werde. Er habe sich mit General Marder in Leipzig in Verbindung gesetzt und diesem erklärt, daß das Reichwehrgruppenkommando sich hinter die alte Regierung stelle, wenn ein Bürgerkrieg zu vermeiden sei. Gleichzeitig habe er Marder gebeten, folgende Vorschläge der Regierung Ebert-Bauer und auch dem Generallandschaftsdirektor Kapp zu machen.

Es sollte

1. ein Koalitionskabinet aus beiden Regierungen gebildet werden,

2. die Neuwahl der Nationalversammlung raschestens durchgeführt werden und die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch den Reichstag erfolgen.

Wenn dies nicht angenommen werden würde, dann würde es wohl zum Bürgerkrieg kommen. Wenn Kasse etwa dem Reichwehrgruppenkommando befehlen würde, gegen Berlin zu marschieren, so müsse er erklären, daß sich das Reichwehrgruppenkommando dem Befehl nachzukommen, weil man ihnen nicht zumuten könne, gegen die Männer zu kämpfen, die mit ihnen vor dem Feind gestanden haben. (1) In diesem Falle würde das ganze Reichwehrgruppenkommando 2 zur neuen Regierung übertreten. Als unser Genosse verschiedene Einwendungen machen wollte, erklärte General v. Lohberg, sich in eine Diskussion über die Sache nicht einlassen zu können.

In einer Besprechung am Montagabend teilte General v. Lohberg einem Genossen mit, er erwarte General Marder in Kassel. Uns schwante nichts Gutes, doch das Vorgehen unseres Herrschers Parteisekretärs Schnabrich machte jede Verbindung zwischen Lohberg und Marder unmöglich, nachdem bereits vorher der Jug Marders, in dem auch Minister Heine, Genosse Heller und der Demokrat Dernburg mit einigen Leuten der Sicherheitswehr fuhrten, vorsichtshalber nicht über Kassel geleitet worden war. Genosse Schnabrich veranlaßte, daß Marder nach Stuttgart fahren mußte, ohne auf der Reise irgendwo mit Reichwehrruppen Fühlung nehmen zu können. Welche katastrophalen Folgen die Mardersche Reise hätte haben können, ist nach dem Geschilderten jedem klar.

Daß aber General v. Schöler verbretcherlich gehandelt hat und auf seinem Posten nicht bleiben kann, geht aus dem folgenden Telefongespräch hervor, das am Montag, den 15. März, vormittags General v. Schöler mit General v. Lüttich in Berlin führte. Es wurde abgelesen und folgender Wortlaut aufgenommen:

Lüttich: „Wie weit sind Sie denn in Kassel?“

Schöler (querst schlecht verständlich, dann klar und deutlich): „Der Oberpräsident hat sich für die alte Regierung erklärt, wir werden nur noch für Ruhe und Ordnung sorgen. Uebrigens habe ich an Ludendorff berichtet!“

Nachdem nun General Marder seinen Abschied genommen hat, scheint es selbstverständlich, daß die ihm vorgesehene Stelle, auf deren Befehl er die ihn kompromittierenden Verhandlungen geführt hat, auch verabschiedet. Der gewöhnlichste Anstand hätte es den Generalen Schöler und Lohberg sagen müssen, daß ihre Stellung unhaltbar ist. Hoffentlich verschließt sich die Reichsregierung diesen Darlegungen nicht und handelt schlüssig. Es wäre wirklich Zeit, denn seit dem Putz sind nun schon über drei Wochen vergangen, ohne daß diese Kapp-Verteiler das Zeitliche geegnet hätten.

Die Verfolgung der Putschverbrecher.

Gehlers Programm.

In seinem Situationsbericht, den wir zum größten Teil schon in unserer Mittwochabendausgabe veröffentlichten, führte der Herr Reichswehrminister Dr. Gehler noch aus:

Der Reichswehrminister wird in nächster Zeit ein Verzeichnis der Personen, gegen die anlässlich des Kapp-Lüttich-Unternehmens ein Verfahren schwebt, veröffentlichen. Im Wehrtrois-Kommando 4 allein sind gegen 15 Offiziere angeklagt. Die Untersuchung ist deshalb so schwierig, weil die Anschuldiungen bisher meistens auf vagen Denunziationen (? Red.) erfolgen konnten. Der Minister hält es als sehr wichtig, daß die politische Verwaltung Preußens ihm das nötige Material zur Verfolgung der angeklagten Personen liefere. Nützlich sei es auch, daß die Oberpräsidenten ihm über das Verhalten der Militärs in den kritischen Tagen Berichte geben.

Zu der Gesamtheit der Ausführungen des Reichswehrministers wollen wir bemerken, daß wir unser Urteil über ihn allein abhängig machen von den tatsächlichen Erfolgen, die er bei dem Umbau und der Demokratisierung der Reichswehr erzielt.

Freiherr von Wangenheim, Klein-Spiegel, der der Kapp-Regierung als preussischer Landwirtschaftsminister angezogen bereit war, hat den Vorsitz der Pommerischen Landwirtschaftskammer niedergelegt.

Die bayerische Staatsregierung hat wegen der von der „Münchener Post“ unter der Überschrift „Dokumente der Röntgenrevolution“ berichteten angeblichen Vorgänge eine Untersuchung eingeleitet. — Es handelt sich um Vorbereitungen zur Errichtung einer Militär- und Wirtschaftsdiktatur. Die letztere sollte Dr. Heim ausüben. Verwickelt sind angeblich Dr. Meier, Hauptmann v. Bstf., der bayerische Oberst Herrgott, der nach seiner Abtätigung in München ins Reichswehrministerium berufen wurde, und andere.

Winnigs Schuld.

Keine Deckung!

In einer Mitteilung an die Presse sucht der frühere Oberpräsident von Ostpreußen August Winnig die politischen Beamten Ostpreußens zu bedeu mit der Feststellung, daß er für die Haltung der politischen Beamten Ostpreußens während der Kapp-Lage als deren Vorgesetzter allein die Verantwortung trage, da er seinen Entschluß, die „Regierung“ Kapp-Lüttich anzuerkennen, unabhängig von amtlicher Beratung faßte und die Beamten entsprechend anwies. Somit wären alle Beamten durch Winnig, der seinen Entschluß bereits von Sonnabend auf Sonntag faßte, gedeckt.

Mit diesen Feststellungen beweist Winnig zwar seine Schuld, aber nicht die Unschuld der politischen Beamten. Denn von einem politischen Beamten muß soviel Urteilsfähigkeit verlangt werden, daß er allein weiß, wie er sich zu verhalten hat, auch wenn sein Vorgesetzter ihn im Stich läßt oder Verrat begeht. Das gleiche gilt für höhere Offiziere. Es geht nicht an, daß man jeden Beamten in verantwortlicher Stellung laufen läßt, der sich auf einen noch höheren Vorgesetzten herausredet kann.

Der Reichs- und Staatskommissar für Ostpreußen Borowski fordert alle Behörden auf, ihm bis 10. April die Putschbeamten bekannt zu geben.

Blütenlese.

Aus der deutschnationalen Presse.

Nachstehend ein paar Sätze, die wir beim Durchlesen der reaktionären Presse an dem einzigen Mittwochnachmittag fanden.

„Deutsche Zeitung“ (Über die Kämpfe in Halle): „Die Reichswehr ging selber zu wenig rücksichtslos vor.“

Die selbe (über die Beförderung der Offiziere in Alenburg): „In dieser reaktionären Zeit gilt eben Beförderung als Hochverrat.“

Die „Post“ (zu den Forderungen der Gewerkschaften): „Es ist bezeichnend für die völlige Zerrüttung und Verwahrlosung unseres Verfassungslebens, daß ein Konglomerat von Proletariern sich heute erlauben kann, die Regierung in dieser Weise zu bevorzugen.“

„Deutsche Tageszeitung“ (gegen den Chef des Sicherheitswesens in Mecklenburg-Strelitz, Major Müller, der öffentlich

Was ist Sozialismus?

Von Ferdinand Kärndt.

Aus dem Nachlaß Ferdinand Kärndtens, des markigen Herceinischen Dichters der nachmärklichen Zeit, hat D. E. Deutsch im Leipziger Verlag G. O. Tal einen Band „Briele eines politischen Philosophen“ erscheinen lassen. Diese Briele liefern abermals den Beweis, wie sehr die Verfassungen zu denen gerückt werden muß, deren Gedanken über ihren Tod hinaus lebendig sind. Kärndt, eines Internenarztes Sohn, der nach Robert Blum's Verurteilung aus Wien flüchtete und in Deutschland von 1849 bis 1855, immer die Polizei auf den Fersen, von Stadt zu Stadt zog, schrieb die nun erstmals als Buch herausgegebenen Briele an seine Familie. Sie lassen ihn als den glühend bewegten Kämpfer seiner Zeit erkennen, der er war. Ein harter politischer Denker, eine Willensnatur voll erteilerischen Dranges, und einer, der zumal auf das Los des Proletariats in der herrschenden Gesellschaftsordnung gründlich kannte. Und das degennt besonders eindringlich ein am 6. Dezember 1850 an den Bruder gerichtetes Schreiben, das eine ganze Abhandlung über Sozialismus, Republik und Konstitution gab. Kärndt wollte als ganz Kind in der politischen Bewegung Stehenden begriffen sein. Aus diesem Schreiben geben wir einige Abschnitte.

Es ist unglückliche Pöle gesagt und nachgesagt worden, daß der Mensch, wenn er aus dem ursprünglichen Zustand seiner Vereinigung und Wildheit in den Zustand der Geselligkeit und Kultur eintritt, einen Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten notwendig aufgeben muß, damit eben diese Geselligkeit und Kultur möglich werde. Mit dieser Ansicht haben sich, unter dem Schutten einer dichten Schlammschicht, zahllose Generationen über die härtesten Leiden ihrer Bedrückung, über die grauamste Genußlosigkeit ihres Daseins, über ein mehr als tierisches noch stumpfsinnig getödtet, indem sie dachten: es muß so sein, — und der Sklavenaufseher auf der Kugel schrieb: es ist Gottes Fügung. Du siehst aber, worin der ungeheure Irrtum liegt. Der Mensch muß einen Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten dem Ganzen zum Opfer bringen. Einen Teil! Dieses Wort enthält den Punkt, um den sich alles dreht. Wie groß muß dieser Teil sein oder wie klein? Wer bestimmt ihn, und wer bestimmt ihn gerecht? Wird er von allen gleich geteilt, oder vielmehr so ungleich, daß der eine den ungeschwächten, der andere den winzigsten Kenner zu dem Grunde gibt, welcher den Abbruch seiner persönlichen Rechte und Freiheiten auspricht? Das sind die Fragen, die mehr als je das neunzehnte Jahrhundert sich zum Bewußtsein gebracht und deren Lösung es sich zur Aufgabe gestellt hat. Und wer immer zu diesem Bewußtsein gelangt ist, wer immer der Lösung dieser Aufgabe sich gewachsen fühlt, der ist Sozialist.

Der Sozialismus ist nichts anderes als die Forderung: die ganze Grundlage der heutigen Gesellschaft möge revidiert (geprüft) und Einheit, Gerechtigkeit, Ordnung, Maß und Ziel hineingebracht werden. Das ist der gefährteste, schauerlichste Sozialismus, und nicht mehr und nicht weniger.

Der Sozialismus ist eine Rechenaufgabe; ja, nichts anderes: eine Rechenaufgabe auf Erden, nämlich der Rechenaufgabe, die es einst am Himmel gegeben hat. Du weißt, zur Zeit des Julius

Cäsar war das bürgerliche Jahr in größter Konfusion. Aus so und so viel vermalästigen Minuten war im ungeheuren Laufe der Zeiten hinter dem wahren himmlischen Sonnenjahr das bürgerliche Erdjahr um volle zwei Monate zurückgeblieben (großartige Reckon!) welche Julius Cäsar mit einem Male einschalten mußte. Aber auch seine Rechnung war nicht ganz genau und stand zur Zeit Gregors VII. mit der astronomischen Wahrheit in einer Differenz, die weit nicht von welchem Zeitmaße. Gregor verbesserte den Julianischen Kalender und die Gelehrten, welche diese Verbesserung nicht annehmen, sind nun schon wieder, wenn ich nicht irre, um elf Tage hinter dem richtigen Jahre zurück.

Wie mit dem bürgerlichen Jahr, so ist es nun mit der bürgerlichen Gesellschaft. Aus den minutiösesten Rechten und Freiheiten, um welche die einen immer zu viel und die anderen immer zu wenig opfern, ist unmerklich im Laufe der Zeiten eine so ungeheure Verwahrlosung des gerechten und richtigen Luotenverhältnisses entstanden, daß wir jetzt in einem Staate des kompletten Wahnsinns leben. Denn was ist der Wahnsinn anderes als der auf die höchste getriebene Widerspruch mit der Vernunft und der Natur? Und dieser höchste Widerspruch ist da. Der Mensch soll für den Genuß seiner Kultur einen Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten als Abgabe geben.

Der Satz, den die Vernunft heischt, lautet: Der einzelne soll einen bestimmten Teil seiner persönlichen Rechte und Freiheiten der gesellschaftlichen Kultur zum Opfer bringen. — aber der Satz, den die Wirklichkeit darstellt, heißt: Die eine Hälfte der Gesellschaft bringt all ihre persönlichen Rechte und Freiheiten zum Opfer und geniesst dafür keine Kultur; die andere Hälfte der Gesellschaft bringt gar nichts zum Opfer und geniesst dafür alle Kultur. Den letzten Satz zu füllen und den ersten zu Wahrung zu machen — das ist der Sozialismus. Ich habe den Sozialismus ein Rechenexempel genannt, und mit Recht. Wie Julius Cäsar in der Astronomie, so hat der Sozialismus in der Staatswissenschaft den Fehler zu berechnen, der sich durch den fortlaufenden Irrtum früherer Zeiten eingeschlichen, und ihn zu berichtigen. Er hat zu untersuchen, wie groß und wie klein die Brüche sind, in welchen jetzt die verschiedenen Gesellschaftsklassen Teile des menschlichen Naturrechtes der Kultur zum Opfer bringen; er hat für die maßlose Verschwendung dieser Brüche einen einzigen Nennz und dazu den möglichsten kleinsten Nenner zu ermitteln, aber dafür diesen Bruch auch allen Gesellschaftsmöglichkeiten als gleiche Steuer aufzulösen. Diese Gleichheit besonders bildet den Hauptbegriff des Sozialismus.

Die Freiheit bezieht sich mehr auf die politische, aber die Gleichheit mehr auf die soziale Ordnung der Gesellschaft. Die Freiheit, welche jetzt der großen Masse ein so göttergleicher Witz dünkt, ist keineswegs ein neuer Fortschritt der Menschheit. Schon die ältesten Staatsgesellschaften (z. B. die Republik der Griechen und Römer) kannten die höchste Blüte politischer Freiheit; aber die höchste Blüte der Humanität, soziale Gleichheit, konnten sie nicht: sie hatten Herren und Sklaven. Eine Gesellschaftsform zu gründen, deren Befehle allen Menschen gleiche Rechte und Pflichten zuerkennen und deren organische Einrichtungen wenigstens eine wesentliche Ungleichheit des äußeren Daseins unmöglich machen — das ist der Beruf des Sozialismus. Das ist der ideale Begriff des Sozialisten.

Die praktische Ausführung desselben wird ein Resultat vieler Versuche, wird ein Werk vieler Generationen sein. Hirnlose Dummköpfe oder betauhte Teufel sind daher jene, welche geschworene Feinde der sozialistischen Idee, bedungenermaßen vorgeben, dieselbe augenblicklich annehmen zu wollen, wenn man ihnen nur deren praktische Ausführbarkeit und Ermöglichung nachzuweisen imstande wäre. Da sie in Wahrheit Ohanen des Egoismus sind, stellen sie sich doch wie schlichte, einfältige Männer der Tat und verlangen mit scheinbarer Gerechtigkeit ein fertiges Bild dessen, was sie mitwirken, mitarbeiten sollen. Die Loren! Als ob die Zivilisation die Erfindung eines einzelnen sein könnte, wie Bändhölzchen!

Aber nicht bloß Dummköpfe und Teufel, wie ich sie eben nannte, sondern Sozialisten selbst hegen den Irrglauben als aufrichtigen Glauben, daß ein einzelner kommen und helfen müsse. Mit vernichtendem Gefühl peinigt sie die vermeinte Raslosigkeit der Zeit und bergeifelt dort man sie anrufen: Na, wer das Spinnrad des Sozialismus löste, der wäre der Held des Jahrhunderts. — Solche Leute erinnern mich an eine Vorstellung meiner Kindheit. Ich dachte mir nämlich beim Anblick des Rastengebirges jeden Berg der Welt als eine feste Mauer; ich glaubte, man müsse mit einer Fülle romantischer Gefahren auf allen Seiten hinansteigern. Unaufhörlich brante mit der Seele nach diesem Abenteuer; wie groß war mein Glück, als ich endlich mit Dir und Anton dahin kam, durch Ostafrika auf den Galtzberg zu gehen. Aber wo blieb die Wand, die Gefahr, das Halbbreden? Lange wartete ich mit feierlicher Haltung darauf; endlich rief mir die Geduld, und ich fragte Euch, wann wir denn zum Galtzberg kämen? Wer beschrieb meinen Schmerz, als ich hörte, wie sind eben auf der Höhe!

Das, was sich in der Ferne wie eine herausfordernde, trotzige Mauer ausnimmt, ist also in der Nähe nichts als ein Gefächsel von vielen Hügel, Abhängen und Vorsprüngen, die unmerklich naheinander erstiegen werden! Die riesenhafte Wandel löst sich in eine zierliche Vielheit auf! Diese Kinderanedote, so einfach sie ist, kann jenem zum Gleichnis dienen, welche einen Reflex des Sozialismus erwarten.

Der Bund Neue Hochschule ist am Sonnabend gegründet worden. Der Bund vereint den Zusammenschluß der Studenten und Dozenten aller Universitäten und sonstigen Hochschulen, sowie all der anderen für die Fortentwicklung dieser Anstalten einliegenden Persönlichkeiten, soweit sie gewillt sind, an der Erneuerung der Hochschulen thätig im neuen Geiste mitzuwirken. Die Gründungsversammlung wählte einen Ausschuß, dem die Anträge des Bundes, Professor Otto Braun, Müller, dann die Herren Baeppe, Großjahn, Diebert, Destrela, Rüstow u. a. angehören. Der Ausschuß soll die Sitzungen vorbereiten, die grundlegenden Forderungen für die Reform ausarbeiten und in einigen Wochen eine Vollversammlung einberufen. Zukünftigen sind an Prof. Otto Braun, Münster i. W., Barendorfer Str. 185, zu richten.

Theater. Im Theater in der Königsgräber Straße kommt demnächst Bernhard Shaw und August Strindberg gemeinsam an einem Abend zu Worte: von Shaw die Komödie „Die große Katharina“, von Strindberg das Lustspiel „Mit dem Feuer spielen“.

auffordert, zweidienliche Angaben über Beteiligung am Rapp-Putsch zu machen): Herr Müller, dem das Wort: Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant, nicht unbekannt sein dürfte, fordert also öffentlich solche Lumpen zur Denunziation von Personen auf, die ihnen verdächtig sind." (Aiso in den Augen der „Deutschen Tageszeitung“ ist zwar ein weinbeiger Rapperschwäzler kein Lump, wohl aber der, der ihn zur Anzeige bringt.)

„Tageszeitung“ (in einem Artikel über „Politik und Reichswehr“): „Daher ist es nötig, daß mit derselben Strenge, wie sie gegen die „reaktionären“ Offiziere angehängt wird, auch gegen den Republikanischen Führerbund eingeschritten wird. (Wir würden an Stelle der „Tageszeitung“ sofortige Entfremdung und Verhaftung aller Offiziere fordern, die am 13. März der Regierung die Treue gehalten haben.)

Die Besetzung von Frankfurt.

Protest der Frankfurter Mehrheits-Abgeordneten.

Frankfurt a. M., 7. April. Die Abgeordneten der drei Mehrheitsparteien überreichten heute dem General Deaoutte folgenden Protest:

Die Bevölkerung Frankfurts, vertreten durch die Abgeordneten der Parteien, die die Regierung der deutschen Republik bilden, erhebt in Uebereinstimmung mit dem Magistrat Einspruch gegen die unberechtigte Besetzung der Stadt durch französische Truppen. Die zur Rechtfertigung angeführten Gründe widerprechen durchaus den tatsächlichen Verhältnissen.

Die Regierung der deutschen Republik folgte bei der Besetzung des Ruhrgebietes keineswegs dem Druck einer Militärpartei, nachdem sie eben erst mit Hilfe der großen Mehrheit des Volkes den militärischen Mächten des alten Regimes einen vernichtenden Schlag beigebracht hat. Sie war vielmehr gezwungen, Reichswehr ins Ruhrgebiet einzurücken zu lassen, um Leben und Arbeit der Bevölkerung gegen räuberische Banden zu schützen und die Kohlenbergwerke gegen drohende Zerstörung sicherzustellen. Sie folgte dabei den immer dringender werdenden Wünschen der Bevölkerung aller Kreise, insbesondere der Arbeiterschaft aller politischen Richtungen, der Zentrumspartei, der Demokratischen, Sozialdemokratischen, Unabhängigen sozialdemokratischen und kommunistischen Partei. Die werktätige Bevölkerung der deutschen Republik wird auch ferner die Mächte haben, die Demokratie gegen jeden militärischen Angriff aus eigener Kraft zu verteidigen.

Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Vollzeiltruppe aus dem neutralen Teile des Ruhrgebietes zurückgezogen wird, sobald die Entwaffnung durchgeführt ist und damit die Aufrechterhaltung der Ordnung den gewöhnlichen Sicherheitsorganen überlassen werden kann.

Die Proklamation des französischen Oberkommandos versichert, daß die französischen Truppen nur zur vorübergehenden Besetzung nach Frankfurt kommen und daß sie sich jeden Eingriffes in die Rechte der Bevölkerung enthalten. Daher erhebt die Bevölkerung entschiedenen Einspruch gegen die Verlängerung des Besatzungszustandes, die Aufhebung der Pressefreiheit und die Verletzung ihrer verfassungsmäßigen Rechte.

Frankfurt a. M., den 7. April 1920.

Die Deutsche demokratische Partei. (gez. Emil Goll, Abgeordneter.)
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (gez. Dr. Duard, Abg.)
Die Zentrumspartei. (gez. Jean Albert Schwarz, Abgeordneter.)

Frankreichs Pläne.

Wie aus neutralen diplomatischen Kreisen verlautet, hat die französische Regierung bei dem Obersten Rat bereits den Versuch gemacht, die Besetzung von Frankfurt, Hanau und Darmstadt auf längere Zeit ausdehnen zu können. Der französische Vorschlag wurde aber von den anderen Mächten der Entente ausgesprochen gemißbilligt und deshalb auch zurückgezogen.

Vorsichtiges Abrücken der Alliierten von Frankreich.

Amsterdam, 7. April. „Delegraaf“ meldet aus Paris, daß die Haltung der Bundesgenossen Frankreichs gegenüber dem Vorrücken der französischen Truppen noch nicht geklärt ist. Die Berichte aus Italien sind nicht sehr günstig. Die italienische Regierung soll die französische bereits haben wissen lassen, daß sie Verfolgungsversuche lieber gesehen hätte als militärische Maßnahmen. Die Berichte aus Washington sind ebenfalls wenig befriedigend. Auf die direkte Unterstützung Amerikas hat Frankreich auf keinen Fall zu rechnen. Sogar von der belgischen Regierung erwartet man nicht, daß sie vorbehaltlos den Beschlüssen Frankreichs zustimmen wird. Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Evening Standard“ schreibt, die Besetzung Frankfurts und Darmstadts durch die Franzosen habe eine eunste Lage geschaffen, die in hohen diplomatischen Kreisen viel Sorge wecke. Die amerikanische Regierung werde in deutlichen und energischen Worten gegen das Auftreten Frankreichs Einspruch erheben. Wie der Berichterstatter weiterhin meldet, besteht Grund zu der Annahme, daß die Berichte aus französischer Quelle über die Lage im Ruhrgebiet nicht allzu gemäßig sind.

Standgerichte im Ruhrgebiet!

Nach den genauen Angaben der „Freiheit“ über Namen und Orte kann schlechterdings nicht mehr daran gezweifelt werden, daß die Reichswehr nach der Besetzung des nördlichen Ruhrgebietes landrechtliche Erschließungen vornimmt. In den angegebenen Fällen handelt es sich nicht etwa um Leute, die der Besetzung bewaffneten Widerstand entgegengesetzt haben — ein solcher wird allerdings von der Reichswehr aus Vortrupp (Vortrupp?) und aus der Suppegegend gemeldet —, sondern um funktionäre der linksradikalen Arbeiterparteien oder der Aktions- und Vollaufgärte. Danach erscheint es durchaus glaubhaft, daß derartige Funktionäre beim Herannahen der Reichswehr flüchten und dann die Anarchie eintritt. Zwei englische Korrespondenten haben bestätigt, daß die abziehenden roten Truppen von der Reichswehr unter Feuer genommen wurden. Der Oberpräsident von Westfalen hat um Abschaffung der Standgerichte gebeten.

Die Flüchtlinge finden bei den Engländern im beleagerten Gebiet Sicherheit, Unterkunft und Verpflegung. In Solingen und Köln treffen Flüchtlinge in Scharen ein. Es ist nicht anzunehmen, daß die Engländer bei all ihren Spekulationen auf Deutschlands Ruin Leuten Gutsfreundschaft gewähren würden, die sie für gefährliche Volkswirren halten müssen. Selbst die „zuständige Stelle“ sagt jetzt, daß die Flüchtlinge nur das requirieren, was sie für ihren Unterhalt brauchen. Das ist nun mal so militärischer Brauch bei allen Armeen der Welt und erst recht bei auseinanderlaufenden.

Der Zentralrat hat seinen Sitz aus dem besetzten Osten verlegt. Er erklärt den Einmarsch der Reichswehr als einen Bruch des Regierungsversprechens und hat für Donnerstag früh eine Vollversammlung zur weiteren Stellungnahme einberufen.

Der in der Dienstag-Morgennummer des „Vorwärts“ abgedruckte Bericht aus Hamm, dessen Schreiber übrigens den Einmarsch der Reichswehr als eine Erleichterung von den Rheinlanden empfunden hat, läßt keinen Zweifel daran, daß die Reichswehr

schon am 1. und 2. April vorgegangen ist, angegriffen und handrechtlich erschossen hat, während die Reichsregierung erst am späten Abend des 2. April den Einmarsch in das Ruhrgebiet mit den bekannten „Sicherungen“ gegen die üblichen Offiziermethoden beschloß. Bezeichnenderweise spricht auch ein richtiger Kriegsbericht der „Post“ von widerprechenden Befehlen Seberings, der den Befehl hatte, zu verhandeln, und der Reichswehr, der befohlen worden sei, zu marschieren.

Am 30. März wurde in Köln i. B. der Radikaleinmarsch Köln-Berlin von der Reichswehr des bayerischen Obersten Epp angehalten. Die Reisenden mußten sich ausweisen. Ein Kaufmann Ray aus Berlin wurde folgendermaßen gemeldet: „Herr Leutnant, da ist ein Jud.“ Herr R. wurde verschleppt und erst nach mehreren Tagen gelang es, ihn in Münster freizubekommen. Er sollte im Abteil auf räuberische Reden gehalten und sich als einen Freund Radels bezeichnen haben. Eine Frau habe das bezeugt. Dabei war gar keine Frau im Abteil gewesen. Aber, wenn ein Jud ist? Werden jetzt die Verhafteten verhaftet werden? Auch eine Frage!

Im übrigen schreitet die Waffeneinzugung in den beleagerten Orten fort, Zwischenfälle sind nicht gemeldet; es wird gearbeitet.

Käterepublik Bitterfeld.

Links-Kommunisten haben in Bitterfeld die Käterepublik ausgerufen. Es wird natürlich auch gegen diesen Putsch eingeschritten werden müssen, zumal seine Folgen die Kohlen- und Elektrizitätsversorgung Berlins gefährden können. Die Reichsverfassung gibt auch Bitterfeld keine Sonderstellung. Hoffentlich gelingt es, die Sache friedlich wieder einzulenken.

Aus Halle wird berichtet: Der Halleischen „Volksstimme“, unserm Parteiorgan zufolge, ist in der vergangenen Nacht in dem Städtchen Delitzsch in der Provinz Sachsen ein Putsch ausgeführt worden. In der Nacht auf Mittwoch ist der Landrat von Delitzsch durch bewaffnete Verhaftet worden. Die Verhaftung, wie die Gründe dafür sind Mittwoch durch Plakate bekanntgegeben. Der Landrat soll danach angeblich an den blutigen Vorgängen vom 18. März schuld sein. Die Verwaltung des Kreises übernahm der bisherige Stellvertreter des Landrats. Der Oberbefehl über Delitzsch wurde einem gewissen Emolla übertragen. Die Unabhängigen sind nicht an dem Streich beteiligt. Auch die Kommunisten bestreiten ihre Mitwirkung an diesem Ueberfall. Der Landrat soll Mittwoch früh nach Bitterfeld übergeführt worden sein. Einer späteren Meldung der „Volksstimme“ zufolge ist Landrat Becker bereits wieder aus der Haft entlassen. Gegen Emolla sollen vom Reichskommissar und Oberpräsidenten Hörsing Schritte unternommen werden.

Die U.-S.-P.-Krise in Hamburg.

Gemahregelte „Wogen“.

(Von unserem Hamburger Mitarbeiter.)

Die Hamburger U. S. P. hatte während der letzten Wochen arg mit inneren Schwierigkeiten zu tun. Die Führer Bergmann und Kalweit wurden immer mehr von Schoeiers und Phrasenhelden zurückgedrängt, die von dem Parteiführer Reich geführt wurden. Bei den Ereignissen des Märzputsches kam die Differenz innerhalb der U.-S.-P.-Führerschaft zum Ausdruck.

Die U. S. P. hatte sich am 13. März ohne jede eigene Initiative (Reich war am Morgen völlig plan- und loslos auf unser Parteibureau gekommen) der von der Sozialdemokratie geführten Bewegung angeschlossen, konnte aber naturgemäß sich nicht für befriedigt erklären, als diese ihr Ziel erreicht hatte. Bergmann und Kalweit hatten in einem von der Bürgerschaft paritätisch aus D. P., S. P. D. und U. S. P. eingesetzten Exekutivauschuß mitgearbeitet und waren das Hauptziel der Angriffe der Opposition. Ein Versuch, den Generalstreik weiterzuführen, den der radikale Flügel im Verein mit den beiden Gruppen von Kommunisten unternahm, brach schon am ersten Tage zusammen. Die ganze Wut richtete sich nun gegen die Bürgerchaftsfraktion. Eine Parteiratssitzung brachte ihr ein Mißtrauensvotum und die Aufforderung zum Rücktritt. Daron lehnten sich die „Wogen“ nicht, übten ihr Mandat weiter aus.

Nun kam die Sache in einer Mitgliederkollektivsammlung im Gewerkschaftshaus zur Sprache, man geriet sich heftig in die Haare, einige Beschärfe voll schmutziger Wäsche wurden gewaschen und dann nahm man mit Entrüstung Kenntnis von der veröffentlichten Erklärung der U.-S.-P.-Bürgerchaftsfraktion.

In der der gegenwärtigen politischen Spannung bedeutet diese Erklärung eine unverantwortliche Fahrlässigkeit zum Schaden unserer Partei. Die esf Unterzeichner sind sofort abzuberufen. Die Fraktion hat im Parlament nur im Sinne unserer Leipziger Weisung zu handeln. Ebenso wie jeder Parteigenosse den Instanzenweg einhalten muß, war auch die Bürgerchaftsfraktion dazu verpflichtet.“ Das sind die ersten Worte, die in der „Volkszeitung“ von der ganzen Angelegenheit zu finden waren. Die hat unter Leitung des alten Herrn Bogherr, den man sich hat kommen lassen, während des Märzputsches Seite an Seite mit uns gegen die Reaktion gestanden. Nun führt ein berunglückter Kaffeehausliterat, Wagner, dort das Wort des „revolutionären“ Proletariats und unentwegten Räteapostels. Wie längst mitgeteilt wurde, hat der Berliner Parteivorstand aus Erbarmen mit der kläglichen Haltung des hiesigen Organs Wilhelm Herzog, den „Republik“- und „Forum“-mann, für Hamburg geschaltet. Er hat auch schon ein paar Artikel geschrieben, selbst ist er aber noch nicht erschienen. Seine kommunistische Weisheit wird den unabhängigen Köpf hier auch nicht sehr machen.

Man darf auf die Weiterentwicklung der Dinge gespannt sein, denn die gemahregelten „Wogen“, die noch etwas von Kautsky und dem wissenschaftlichen Sozialismus halten und immerhin eine beträchtliche Anhängerzahl haben, geben das Spiel sicher noch nicht verloren.

Wer ist Hölz?

Kapitalföhdling und Arbeiterverräter.

Anlässlich des erneuten Auftretens des Hölz möchten wir daran erinnern, daß im Juni 1919 im „Vorwärts“ aus vogtländischen Gewerkschaftskreisen über die Persönlichkeit des Hölz folgendes berichtet wurde: Hölz verfügt über ein gutes Mundwerk, was weiter nicht verwunderlich ist, da er in seinem bürgerlichen Beruf Kinos-erklärer war. Durch seine wüsten Hergreden hat er die halbesäcker Arbeiter bald entwertet und hauptsächlich bei den vielen Arbeitslosen ein williges Ohr gefunden. Diese gedankenlose Masse mißbrauchte er zu allerhand Putsch und tolen Streichen und versetzte damit ganz Hallesheim in Angst und Schrecken.

Dieser traurige Held hat aber auch schlimmsten Verrat an der Arbeiterschaft begangen. Er ist nämlich inzwischen als ein gekaufter Subjekt des Kapitals entlarvt worden. Er leitete dem Direktor Schnell von der Chemischen Fabrik A. G. in Dorfstadt, einem ausgesprochenen Feind der Sozialdemokratie und der sozialen Erregungenschaften, bei seinen arbeiterfeind-

lichen Bestrebungen wesentlich Vorschub. Die Arbeiter dieses Betriebes, die im Fabrikarbeiterverband organisiert sind, forderten nämlich infolge der zunehmenden Teuerung eine Lohnerhöhung. Direktor Schnell mußte aber die Arbeiter durch die Drohung, daß er bei Aufrechterhaltung der Forderung den Betrieb am 1. Juni schließen werde, bezart einschüchtern, daß sie auf die Lohnerhöhung verzichteten. An die Verbandleitung schrieb Schnell daraufhin einen häßlichen Brief, in dem es heißt:

„Unsere Leute sind von uns aufgefodert worden, aus ihrer Organisation auszutreten, da wir Vertrauensleute, die lediglich Arbeiter eines laun noch arbeitenden Betriebes noch aufhören, nicht mehr dulden. Gleichzeitig machen wir Sie darauf aufmerksam, daß Versammlungen Ihrerseits nicht mehr geduldet werden. Dafür wird die hiesige kommunistische Partei sorgen.“

Am 23. Mal früh tagte eine Betriebsversammlung in der Fabrik, in der Direktor Schnell sprach, nachdem er vorher drei Vertrauensleute des Verbandes Knall und Fall entlassen hatte. In dieser Versammlung forderte er seine Arbeiter auf, aus dem Fabrikarbeiterverbande auszutreten und erklärte weiter, ein Vertreter der Stadt würde erscheinen und ihnen vorlegen, daß es grundverteufelt sei, sich zu organisieren. Und dieser Vertreter der Stadt war — Hölz, der laun, nachdem Schnell geendet hatte, auf der Bühne erschien und eine stundenlange Rede hielt, in der er das Verhalten Schnell's unterwarf, gegen die Gewerkschaften im allgemeinen und den Fabrikarbeiterverband im besonderen loszog und die Maßregelung der drei Arbeiter als zu Recht geschehen verteidigte. Zum Lobne dafür erhielt Hölz von Schnell zweimal je hundert Liter Petroleum für die Arbeitslosen, damit diese bei der Stange bleiben; auch soll Hölz beim Verlassen des Betriebes ein Kuvert eingehändigigt worden sein, in welchem sich der Judaslohn befunden haben wird. Diese Umstände lassen klar erkennen, daß Hölz im Interesse des Kapitals gearbeitet hat, also ein gekaufter Subjekt des Kapitals war.

Hölz'sche Pressefreiheit.

Der Kommunistenführer Max Hölz hatte Mittwoch nachmittag das Personal der „Neuen Vogtländischen Zeitung“ in Plauen in das Café Krömel gebeten, um wegen der Geldfrage mit ihm zu verhandeln. Hölz sprach sich über die Zerstörung des Betriebes der „Neuen Vogtländischen Zeitung“ aus, wo bekanntlich sämtliche Maschinen demoliert wurden. Er sagte, daß er zwar nicht den Betrieb zerstören wollte, aber den nichtanwesenden Redakteuren auf die Finger pochen wollte, und da sie eben nicht anwesend waren, habe er die Maschinen zerstören müssen. Hölz sagte, die Angestellten sollten sich wegen ihrer Entschädigung an den Aktionsauschuß und an den Stadtrat wenden. Falls sie dann das Geld nicht bekommen sollten, sollten sie sich an ihn wenden. (Aber ob es ihnen etwas nützen wird?)

Entente gegen Einwohnerwehren!

General Koller hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Interalliierten militärischen Kontrollkommission der deutschen Regierung eine Note überreicht, in der es heißt:

Die Einwohnerwehren können, trotzdem sie sich mit dem Charakter als rein zivile Organisationen zu umkleiden versuchen, nicht mehr gestattet werden. Welches auch immer ihre Rolle für die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein mag, so ist es nicht minder klar, daß ihre Bewaffnung, ihre Eingliederung und ihre Stärke, die dauernd auf der Höhe ihres Bestandes gehalten wird, unbestreitbar eine Mobilisation begünstigen, die durch den Friedensvertrag verboten ist. Ueberdies deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß die Einwohnerwehren sich häufig mit militärischen Übungen beschäftigen.

Infolgedessen stehen die Einwohnerwehren in Widerspruch zu den Bestimmungen der Artikel 165, 166, 175, 177 und 178 des Friedensvertrages.

Weder diese Bestimmungen noch die Entscheidungen des Obersten Rates sind bis jetzt beachtet worden. Die Einwohnerwehren sind aufrechterhalten worden und haben sich sogar noch weiter entwickelt. Infolgedessen beehrt sich die Interalliierte Kontrollkommission im Namen der Alliierten Mächte mitzuteilen, daß der 10. April 1920 der Tag, an dem die Verminderung der deutschen Armee auf 200 000 Mann beendigt sein soll, als äußerste Grenze für die Ausführung der Entscheidung des 1. Dezember 1919 bestimmt ist.

Es wird also jetzt unter dem Druck des feindlichen Auslandes geschehen müssen, was man mit den Arbeitervertretungen vereinbart, aber bisher nicht ausgeführt hat. Bei dieser Gelegenheit sind die Zivil-Kapitalisten zu entwaffnen.

Hilfsmassnahmen für Mitteleuropa.

„Wichtigste Abmachungen“.

London, 7. April. (S. R.) Sir William Goode, der Leiter des Unterstützungsansschusses für Mitteleuropa, kehrte von einer Reise nach dem neutralen Ausland und nach Deutschland zurück. Er berichtete über verschiedene Unterredungen in den jeweiligen Hauptstädten, die alle den Zweck verfolgten, die Mitwirkung der einzelnen Länder für die Hilfeleistung in Mitteleuropa zu erzielen. Er erklärte, daß er die wichtigsten und aussichtsreichsten Abmachungen getroffen habe. Besonders bei den skandinavischen Ländern sei er auf großes Entgegenkommen gestoßen. Sie wären davon überzeugt, daß ein gemeinsames Vorgehen notwendig sei, damit Europa wieder zu normalen Verhältnissen zurückkehren könne. Goode betonte, es sei außerordentlich wichtig, daß ein Vertreter der amerikanischen Regierung den Unterhandlungen beizuhönte. Die Vorschläge, die den Neutralen gemacht wurden, rührten also eigentlich von Amerika her. Es sei dies das erste Mal, daß zwischen den Alliierten und den Neutralen eine gemeinschaftliche Aktion für diese Hilfsmassnahmen gemacht werde. Der Wortlaut der Verhandlungen werde vorläufig nicht veröffentlicht, er müsse vorher erst den Parlamenten der verschiedenen neutralen Mächte zur Genehmigung vorgelegt werden.

Clemenceau's Zustand befremdend. Dasas meldet aus Kairo, daß Clemenceau seit seiner Rückkehr aus Luxor an Gicht leidet. Wenn es ihm auch jetzt besser geht, so sei sein Körperzustand sehr schwach, was Besorgnis einflöße.

Der französische Hauptmann Saboul ist von den Transportarbeitern in Charlott in den dortigen Sogwet gewähnt worden. In Frankreich, das die Extremisten des Ruhrgebietes aus Herz drückt, wartet auf Saboul das Erschießungsdelikt.

Verhaftung des russischen Oberhauptes der Muselmanen. Die die englischen Mächte melden, geht aus einem Protesttelegramm der indischen Kalifatabordnung an Lloyd George hervor, daß die Alliierten den Scherif al Islam in Konstantinopel verhaftet und nach Malta abgeschoben haben. In dem Telegramm heißt es, die Alliierten seien sich anscheinend nicht bewußt, wie verhängnisvoll die Maßnahme in Indien und im ganzen Osten wirken könnte. Die Alliierten hätten feinerzeit die Deutschen wegen der Behandlung des Kardinals Mercier beschuldigt. Die Verhaftung des Scherif al Islam sei jedoch ohne Zweifel schlimmer.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik in der Berliner Klavierindustrie.

Die Berliner Klavierarbeiter haben mit einem ganz besonders hartnäckigen Unternehmertum zu kämpfen. Obwohl in dem Streik, der jetzt 11 Wochen dauert, wiederholt Verhandlungen stattfanden, ist es zu einer Verständigung bisher nicht gekommen. Bekannt ist der Ausgangspunkt des Kampfes. Weil in einer Fabrik Differenzen bestanden, verhinderte der Reichsverband die Verhandlungen einer Lenkungsbehörde, so daß es zum Kampf kommen mußte. Auch die letzten Verhandlungen, die vom 29. März bis 1. April geführt wurden, brachten keine Einigung. Es darf nun aber nicht, wie es so oft und gern hingestellt wird, angenommen werden, daß die „maßlosen“ Forderungen der Arbeiter die Verständigung verhinderten und die Fabrikanten nicht in der Lage seien, diese anzuerkennen. Dies bezeugt schon das Verhalten eines Teiles der Unternehmer, der die Forderungen restlos anerkannt hat. Auch von den bestreikten Firmen ist mehrfach den Arbeitern erklärt worden, daß sie bereit wären, die Forderungen zu bewilligen und es zu einer Einigung kommen könne, die Befürchtung jedoch, wirtschaftlich geschädigt zu werden, sie daran hindert.

Für das Unternehmertum in der Klavierindustrie ist die soziale Frage gelöst. Auch ihm hat der Krieg und die ihm folgende Zeit Gewinne in den Schoß geworfen, die vor dem Kriege mancher sich nicht erträumt hat. Vor kurzem wiesen wir schon darauf hin, welche Preise die Unternehmer für ihre Fabrikate erzielten. Während diese um das 26fache gestiegen sind, ist der Lohn der Arbeiter nur um das Sechsfache bis Siebenfache in die Höhe gegangen. Aber nicht nur die Lohnforderung, auch andere Fragen, die im Folgejahr bereits allgemeine Anerkennung gefunden haben, hatten der Lösung. So ist die Lehrlings- und Ferienfrage, die Arbeitszeit von 46 Stunden, ebenso die Frage des Mitbestimmungsrechts bis zum Februar 1921 zwischen dem Arbeitgeber-Schutzverband und dem Deutschen Holzarbeiterverband geregelt worden. Forderungen, die von den Unternehmern in der Klavierindustrie abgelehnt werden.

Das ablehnende Verhalten der Pianofabrikanten wurde in einer Versammlung der Streikenden bekanntgegeben. Die Fabrikanten hatten eine schriftliche Begründung zu ihrem Verhalten beigelegt. Ihrem Wunsche gemäß wurde diese Begründung den Streikenden vorgelesen. Die überaus stark besetzte Versammlung lehnte einstimmig ein Eingehen auf diese Bedingungen ab und nahm ebenso einstimmig eine Resolution an, wonach als Mindestforderungen die Bestimmungen zu gelten haben, die im Holzgewerbe zwischen den Organisationen vereinbart worden sind.

Zur Verbandstagswahl der Bäcker, Konditoren und verwandten Berufsgenossen.

Am kommenden Sonntag, den 11. April, findet in 10 Lokalen in der Zeit von 10-4 Uhr die Wahl der Delegierten zum Verbandstages statt. Wie aus allen in verflochtenen Jahre stattgefundenen Verbandstagen wird auch auf diesem Klärung über verschiedene durch die Revolution geschaffene Probleme erzielt werden. Ob wegen der Arbeitsgemeinschaft ein Verrat am Rätegedanken verübt wird, wird durch die Wahl entschieden werden. Ist doch die „ultra-radikale“ Richtung der Ansicht, daß durch jede Betätigung in der Arbeitsgemeinschaft ein Verrat am Rätegedanken verübt wird. Daß die Berliner Vertreter dieser „radikalen“ Richtung, welche sich Opposition nennt, einen großen Vorstoß beabsichtigt, hat die Verfechtung der Kandidatenliste in der Generalversammlung gezeigt, indem dort als Kandidat nur aufgestellt wurde, der sich verpflichtet hatte, bei Ausspruch des Wortes Arbeitsgemeinschaft „psui“ und bei Nennung des Wortes Räte „Diktatur“ „Diktatur“ zu rufen.

Erst durch Beschluß des Hauptvorstandes, des Ausschusses und der Bezirke mußten auch die weniger „radikalen“ Genossen mit auf die Kandidatenliste gestellt und dadurch erst den Mitgliedern das Recht der Wahl ermöglicht werden. Demzufolge ist die Kandidatenliste, trotzdem nur 19 Delegierte zu wählen sind, sehr umfangreich und enthält 42 Namen. Allerdings ist es dadurch den Mitgliedern nun möglich, zu entscheiden, ob Wirklichkeitssinn oder bloße Leitmotive im Gewerkschaftsleben sein soll, indem sie Vertreter wählen, die trotz aller Sehnsucht und Bestrebung zur Verwirklichung des Sozialismus den Sinn für das Tatsächliche nicht verloren haben, oder ob sie Leute mit ihrer Vertretung betrauen, welche unter Außerachtlassung aller Wirklichkeit radikale Utopien nachlaufen. Versäume also niemand die Wahl!

Achtung, Maler!

Uns wird geschrieben: Zu den Gewerkschaftsorganisationen, die ihre aus sozialdemokratischen Partei sich bekennenden Berufsgenossen als Mitglieder zweiter Klasse betrachten, gehört auch die Berliner Filiale des Verbandes der Maler. Nach berühmten Vorbildern wird auch hier der „Vorwärts“ als Publikationsorgan boykottiert. Wie anderswo herrscht auch hier in den Versammlungen die radikale Phrase; tüchtige Beamte, die jahrzehntelange Interessen der Organisation wahrzunehmen haben, wurden ihre Arbeit entfremdet, weil sie auf Grund ihrer sozialdemokratischen Überzeugung im radikal sich gebärdenden Praesentum nicht der Weisheit

lehten Schluß erblicken konnten. Angestellt von dem „modernen“ Versammlungsleben zogen sich viele Mitglieder zurück und überließen das Feld den „Radikalen“. Um ein wirklich ersprießliches Organisationsleben zu schaffen, ist es nötig, daß die auf dem Boden besonnenen Gewerkschaftsaktivisten stehenden Mitglieder sich wieder am Vereinsleben beteiligen.

Am Freitag, den 9. d. M., abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, eine Generalversammlung statt, die sich mit dem Antrage der Ortsverwaltung beschäftigt, den Beitrag auf 8,50 Mark zu erhöhen. Kollegen! Fordert durch Eure Teilnahme, daß Ihr nicht nur im Posten als vollberechtigt gelten wollt, sondern verlangt, daß Euch auch entsprechender Einfluß in der Verwaltung und Leitung Eurer politischen Überzeugung gewährt wird.

Die Bezahlung der Generalfreistage.

Die Funktionäre der chemischen Industrie waren am 1. April versammelt, um Stellung zu dem Angebot der Arbeitgeber bezüglich Entschädigung für die Generalfreistage zu nehmen. Berlin vom Fabrikarbeiterverband erstattete den Bericht. Die Arbeitgeber der chemischen Industrie haben sich bereit erklärt, 90 M. für alle Arbeiter oder Arbeiterinnen über 18 Jahre und 60 M. unter 18 Jahre zu zahlen. Nach eingehender Diskussion erklärten sich die Funktionäre mit dieser Regelung, unter Vorbehalt weiterer Verhandlungen resp. gezielte Regelung der Bezahlung der Generalfreistage, einverstanden. Des weiteren teilte Berlin mit, daß der Lohnstarif am 1. April zum 30. April gekündigt worden ist. Einmütig wurde dieser Kündigung zugestimmt. Eine Resolution, die die maßgebenden Instanzen verpflichtet, bei der Regierung wegen gezielte Regelung der Bezahlung der Generalfreistage vorstellig zu werden (für Berlin 8-9 Tage) und auf den Abbau der Lebensmittelpreise hinzuwirken, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

Vom deutschen Transportarbeiterverband wurde in einer am 8. April stattgefundenen Verhandlung mit der Fahrherren-Zinnung wegen Bezahlung der Generalfreistage für die Schwer- und Leichtfuhrwerksleute folgende Einigung erzielt:

Als Abgeltung für die Streiktage erhalten alle hier in Betracht kommenden Arbeitnehmer eine einmalige Wirtschaftsbeteiligung von 80 Mark. In den Betrieben, wo bereits höhere Beträge gezahlt sind, dürfen Abzüge nicht gemacht werden. Sollte auf Grund des der Rationalisierungsfrage vorliegenden Antrages die Regierung einen höheren Betrag festlegen, so wird die Differenz nachgezahlt. Die Auszahlung der Wirtschaftsbeteiligung soll bei der nächsten Lohnzahlung erfolgen.

Buchbinder in Buchdruckereien!

Am 31. März 1920 wurde ein neues Lohnabkommen mit den Buchdrucker-Verbandsmitgliedern abgeschlossen. Die Vertrauensleute werden gebeten, sich entsprechende Formulare vom Bureau abzuholen.

Die Branchenleitung.

Deutscher Werkmeisterverband. Fachgruppe III Metallindustrie. Versammlungen im Schulthei, Kaiserhof, Neue Jakobstr. 24/25, und zwar Berufsgruppe 6 heute, Donnerstag, abends 6 1/2 Uhr, Berufsgruppe 1 morgen, Freitag, abends 6 1/2 Uhr. — Bezirksverein 15 morgen, Freitag, abends 6 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal. — Bezirk 17 Fachgruppe IX morgen, Freitag, nachm. 3 Uhr, Generalversammlung, Alexanderstr. 37a.

Generalverband der Angestellten. Versammlungen am Freitag, den 9. April: Fachgruppe 5a (Rechtsanwalts-Angestellte) abends 7 1/2 Uhr, Musterliste, Kaiser-Wilhelm-Str. 31 (Stellungnahme zum neuen Tarifvertrag). — Fachgruppe 11 (Angestellte der Holz- und Möbelbranche, Abzahlungsgeschäfte), Henschel, Versammlung abends 7 1/2 Uhr, Sophienstr. 17/18. — Fachgruppe 13 (Angestellte der Chemischen Industrie und Großhandel) abends 7 1/2 Uhr, Heiden-Platz, Landwehrer Str. 31. — Fachgruppe 15d (Angestellte der Werkbetriebe, außer R.G.O. Siemens-Fernstromstationen) abends 7 Uhr, Sophienstr. 17/18 (Stand der Tarifverhandlungen). — Fachgruppe 16a (Buchhändler-Angestellte) abends 7 1/2 Uhr im Verbandsbureau, Belle-Alliancestr. 7/10.

Wirtschaft

Die Reichsbank in der dritten Märzwoche.

Ueber 56 Milliarden Banknotenumlauf.

Die Nachfrage nach Zahlungsmitteln hielt trotz des schon bedeutenden Bedarfs der zweiten Märzwoche in der Verdichtungszeit in verstärkter Weise an. Die Gründe für diese ungünstige Gestaltung sind darin zu suchen, daß in der dritten Märzwoche die Einlösung der Aprilzinscheine begonnen hat. Auch dürften die politischen Unruhen wieder zu verstärkten Aufspeicherungen von Zahlungsmitteln beigetragen haben. Der Banknotenlauf hat sich in der Zeit vom 16. bis 23. März um 842,4 Mill. M. auf 43 347,1 Mill. M. erhöht und daneben der Umlauf an Darlehensscheinen um 273,1 Mill. M. auf 12 662,5 Mill. M., so daß im ganzen an den genannten papierernen Zahlungsmitteln 1115,5 Mill. M. vom Verkehr neu beansprucht wurden.

Zunahme der Spareinlagen im Jahre 1919.

Nach den Monatsstatistiken des Verbandes beträgt einschließlich der gutgeschriebenem Zinsen die Jahreszunahme der Einlagen bei den deutschen Sparkassen 5 1/2 Milliarden Mark, wobei allerdings die Sparkassen in Elsaß-Lothringen, Posen und anderen abgetrennten Gebieten noch eingerechnet sind. Die Einlagen der Sparkassen in Groß-Berlin allein waren im Jahre 1919 von 1,558 Mill. M. auf 2,041 Mill. M. gewachsen, das bedeutet einen Zuwachs von rund 30%. Bei den deutschen Sparkassen insgesamt ist im Jahre 1919 eine Zunahme der Spareinlagen von 18% anzunehmen. Die Entwicklung der Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen in den letzten zehn Jahren zeigt die folgende Tabelle:

	in Deutschland	in Preußen
	in Milliarden Mark	in Milliarden Mark
1910	16,7	11,1
1913	19,7	13,1
1916	21,4	14,3
1919	39	26

Minister Wirth über seine Aufgaben.

Der neue Reichsfinanzminister Dr. Wirth äußerte sich zu dem Mitarbeiter des „Radikalen Beobachters“ über seine Aufgaben als Reichsfinanzminister u. a. folgendermaßen: „Von großer Bedeutung wird die Wechselwirkung zwischen Finanzpolitik und Wirtschaftspolitik sein. Auf diese Zusammenhänge zwischen beiden Gebieten wurde schon in der Vorkriegszeit Rücksicht genommen. In der gegenwärtigen Lage wird dies doppelt notwendig sein. Wir müssen alle Kräfte daran wenden, daß nicht unsere wirtschaftliche Entwicklung auf ein überwundenes Entwicklungsstadium zurückfällt, damit nicht die Basis für den finanzpolitischen Neuaufbau zu schmal wird. Nur wenn wir alle volkswirtschaftlich unnütigen Arbeitsstellen abschaffen, die Parasiten an unserem Wirtschaftskörper beseitigen und über die Rationalisierung und den technischen Fortschritt zur Steigerung des ökonomischen Nutzeffektes gelangen, schaffen wir eine sichere Unterlage für unsere Finanzpolitik.“ Welche Wege der neue Minister zur Erreichung dieses Zweckes einzuschlagen gedenkt, werden wir hoffentlich bald erfahren. Im Ziel stimmen wir ihm zu.

Valuta, Revolution und Generalfreist. Wer bisher noch geglaubt hat, unsere innenpolitische Lage, der Umfang unserer Produktion und die Streiks seien von ausschlaggebender Bedeutung für den Stand unserer Valuta, der muß jetzt endlich eines besseren belehrt sein. Wir erleben seit dem 18. März eine Revolution, die Deutschland in seinen Grundfesten erschüttert hat, und deren Ende noch nicht abzusehen ist. Unsere Valuta aber ist von alledem nur wenig berührt worden. Denn unsere Valuta hängt in erster Reihe von dem Stand der Reichsfinanzen ab. Wir vermehren nach wie vor unsere schwebenden Schulden täglich um über hundert Millionen Mark, und wir decken nach wie vor unseren Reichsbedarf fast gar nicht durch Steuern und fast nur durch Pump, das heißt durch Kredite, die die Reichsbank dem Reiche gewährt. Wird unsere Regierung nun endlich erkennen, daß ein Steigen der Valuta nur durch eine Aenderung der Reichsfinanzpolitik zu erzielen ist, und daß wir dem vollständigen Zusammenbruch entgegensteuern, wenn nicht unverzüglich durch eine große Vermögensabgabe eine Sanierung unserer Finanzpolitik versucht wird?

Wir bemerken hierzu, daß der Stand unserer Valuta vor allem durch die Höhe der Produktionskosten und Warenpreise im Inland bestimmt wird, da sich auf dem Weltmarkt nur Waren gleichen Wertes tauschen. Die Höhe der Warenpreise ist aber der Ausdruck der Geldentwertung. Ein Abbau der Preise wird erst dann eintreten, wenn die künstlich entlandene papiererne Kaufkraft durch einen tiefen Eingriff ganz erheblich gemindert wird.

Frankreichs Außenhandel.

Die deutsche Ausfuhr nach Frankreich wurde hauptsächlich durch den Export von Kohle alimentiert im Werte von 407 446 000 Fr. Was hat dagegen Frankreich an Deutschland verkauft? Baumwollgewebe für 329 182 000 Fr., Wäsche und konfektionierte Kleidungsstücke für 126 819 000 Fr., Seidengewebe für 89 156 000 Fr., Wolllgewebe für 68 502 000 Fr., Erze für 87 030 000 Fr., präparierte Felle für 55 218 000 Fr., Schokolade für 16 749 000 Fr., Baumwolle für 34 259 000 Fr., Weine für 24 478 000 Fr., sowie Löhne im Werte von 25 164 000 Fr. Waren und Zinsen sprechen eine berede Sprache. Daß — bei dem Wechselkurs! — Seidenwaren für 89 Millionen, Schokolade für 16 Millionen, Weine und Löhne für je 25 Millionen eingeführt wurden, bedarf keines weiteren Kommentars.

Erhöhung der Schlepplöhne auf der Saale mit Bewilligung der Regierung von 300 auf 700 Proz.

Verantw. für den Text: Kurt Jäger, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glade, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einnahme: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Einnahme: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin.

AUSSTATTUNGEN

MODEWAREN

RUDOLPH HERTZOG

BERLIN C 2

EINRICHTUNGEN

BREITESTR. BRÜDERSTR.

Garnierte Hüte

Mädelot aus weiß in Fadengeflecht mit Band M. 2100

Jugendlicher Hut aus Bast mit Band M. 4750

Bretton aus glänzendem Stoff, schwarz oder farb.ig. M. 7200

Strohkappe aus weißer Strohborte mit farb.igem Band M. 9500

Fesche Glode aus rotborte mit glänzendem Strohbord M. 11650

Große Auswahl in Modellarten in allen Preislagen

Kinderhüte (Mantelform) weiß od. schwarz, M. 2125 2390 2600 3460 4450

Hulformen

Basishüte (sehr preiswert), schwarz, marine oder braun M. 46⁵⁰ 54⁵⁰ 60⁰⁰

Tagahüte in modernen Formen und Farben ... M. 62⁰⁰ 75⁷⁵ 83⁵⁰ 115⁰⁰

Duq-Zutaten

	Stiel 34 cm	37 cm	45 cm
Stangenreißer schwarz oder weiß	M. 122 ⁵	133 ⁵	162 ⁵
Zihrreißergestell schwarz	M. 2050		
Straußederschleife mit Quarsreißerlelen, schwarz, grau oder rot	M. 3300		
Straußebesteg gef. grün oder torenblau	M. 482 ⁵		

Aufbewahrung von Pelz-Artikeln in eigenen Kühlräumen

Die neue Schnittmusterliste ist erschienen • Versand kostenlos — Die Geschäftsräume sind jetzt wieder bis 3/2 Uhr geöffnet

Bei den Internationalen.

Erinnerungen aus den Putztagen.

Von Friedrich Stampfer.

Am 11. März erhielt ich für Sonntag, den 15. März, 11 Uhr vormittags, eine Einladung zu Ebert. In dieser Stunde sollten sich bei ihm die Mitglieder des Parteivorstandes, der Generalkommission und einige führende Genossenschaftler versammeln...

Am Sonntag traf ich auf dem Weg von einer geheimen Versammlung in die andere den schwedischen Genossen Magnusson, der mir sagte, daß Hupsmans mich dringend zu sprechen wünsche. Ich konnte Magnusson nur sagen, in den nächsten Stunden sei ich da und da aufzufinden, zu Besuchen fehlte mir die Zeit...

Es mochte 1 Uhr oder noch später gewesen sein, als wir, der Genosse Schiff und ich, Hupsmans aus dem Bette holten. Er bewohnte ein sehr geräumiges Zimmer im zweiten Stockwerk, das zugleich als allgemeines Besprechungs- und Konferenzzimmer der Kommission diente...

Ich blieb dann drei Tage im Hotel einquartiert neben den Genossen von der Internationale, und wenn die Hast dieser Tage auch nur wenige Stunden des Besammentreffens übrig ließ, so habe ich doch das Gefühl, in diesen Stunden ihnen näher gekommen zu sein, als sonst vielleicht in Wochen...

Die Zusammenlegung der Kommission bot eine bunte Musterkarte sozialistischer Parteischattierungen von sehr gemäßigten „Realpolitikern“ bis zu dem Franzosen Mistral hinüber, der schon jenseits der zweiten Internationale stand...

Es herrschte ein lebhaftes Treiben im zweiten Stockwerk des Zentralhotels. Mehrheitssozialisten und Unabhängige kamen und gingen. Sie wurden mit der gleichen Freundlichkeit empfangen. Manchen guten Bekannten erkannte man nicht gleich wieder...

Inwiefern sich die Genossen der Internationale in ihren Auffassungen unterschieden, trat in den Gesprächen, die sie mit mir führten, nicht in Erscheinung. Man war von dem Militärputsch eigentlich wenig überrascht, versicherte vielmehr, man hätte ihn längst kommen sehen...

Mit Unabhängigen trafen wir uns bei den Internationalen oft, und daß wir dabei die gemeinsamen Angelegenheiten, die uns plötzlich erhanden waren, eifrig untereinander besprachen, versteht sich von selbst. Außerdem hatten wir schon — die beiderseitigen Parteizentralen — am 13. März mittags unter Vorhitz der Gewerkschaften eine gemeinsame Sitzung gehabt...

Um so merkwürdiger war folgender Vorfall. Am Freitag, den 19., kam ich nachmittags in Hupsmans Zimmer, wo sofort Wibaut auf mich trat und in einer gewissen Erregung mir folgendes sagte: Vor kurzem seien drei Vertreter der I. S. P. dazugewesen und hätten dringend ermahnt, die Internationale Kommission möge noch für denselben Abend 8 Uhr Bevollmächtigte beider Parteien zu einer gemeinsamen Sitzung einladen...

Als Genosse Fischer und ich in Hupsmans Zimmer eintraten, merkten wir sofort, daß etwas Besonderes passiert sein müsse. Unabhängige waren nicht da, von den Anwesenden sah niemand, alle standen und sprachen heftig gestikulierend. Wibaut erklärte mir rasch über die Ursache der allgemeinen Erregung auf. Der unabhängige Parteivorstand hatte noch eine Sitzung abgehalten, hatte Hupsmans, der sich über den Stand der Beratung erkundigen wollte, zwei Stunden an der Tür warten lassen...

Wir legten, teils stehend, teils lachend, schleunigst nach dem Staatsministerium zurück, um Wels und Krüger zu sagen, daß sie sich nicht weiter bemühen sollten. Zubor aber nahmen wir von den Internationalen Abschied, die einen tieferen Einblick in den abenteuerlichen Wirrwarr der deutschen Verhältnisse erhalten hatten, als sie es wohl bei Beginn ihrer Studienreise erwarteten...

Der Generalkriegstreif, musterhaft durchgeführt, war bis in die Hotelräume eingedrungen. Als ich am Dienstag morgen ge-

wohnheitsgemäß klingelte, um meine Schuhe reinigen zu lassen, erklärte mir der Hausdiener mit höflicher Bestimmtheit, es sei Streik und er könne keinerlei Arbeit übernehmen. Die Kraft, mit der der Streikparole überall durchgedrungen war, verfehlte auf die Internationalen nicht ihre Wirkung, sie gab ihnen ein Bild von der Stärke der deutschen Organisation.

Am Mittwoch hatten sie jenen Aufruf an die deutsche Arbeiterchaft beschlossen, der in der Donnerstag-Extraausgabe des „Vorwärts“ und dann noch einmal in der ersten regelmäßigen Ausgabe abgedruckt steht. Die deutschen Arbeiter werden darin zu ihrem Siege begrüßt und eindringlich ermahnt, abzuweichen von allen trennenden Tendenzen und ihr Handeln einheitlich zusammenzufassen zur Sicherung und Kräftigung der Republik und zur Weiterentwicklung der ersten Errungenschaften der deutschen Revolution...

Die außerordentlichen Verhältnisse haben es den Internationalen leider nicht gestattet, mit der Masse der Berliner Parteigenossen Fällung zu nehmen. Um so mehr hielt ich mich für verpflichtet, an dieser Stelle die Eindrücke zu schildern, die ich von dem kurzen Besammentreffen mit jenen Genossen erhalten habe und ihnen die herzlichsten Abschiedsgrüße nachzusenden. Für mich waren die toten Tage trotz alledem schon als Tage des stärksten Erlebens. Denn sie zeigten mir nicht nur, was das arbeitende Volk leisten kann, wenn es einig ist, sondern sie gaben mir auch die Jubelsicht, daß der große Gedanke der internationalen Solidarität im Weltkrieg nicht gestorben ist, daß auch für ihn nach langer Zeit des Leidens der Tag der Auferstehung kommt.

Die „Volksfürsorge“.

Einer der jüngeren Zweige an dem starken Baume der nach Zentralisierung strebenden deutschen Arbeiterbewegung ist die im Jahre 1918 ins Leben getretene gewerkschaftlich-genossenschaftliche Volksversicherung, die „Volksfürsorge“, gegründet von den deutschen Gewerkschaften und genossenschaftlichen Arbeitermassen von den Privatversicherungs-gesellschaften mit ihren hohen Direktorengelätern, Lantienern für Vorstände und Aufsichtsräte und Dividenden für die Aktionäre ferngehalten, das Volksversicherungswesen zu reformieren und ein sozialisiertes Unternehmen zu schaffen...

Millionen von Arbeitern und Volksgenossen haben aber bis heute leider noch nicht erkannt, daß ihr eigenes Unternehmen weit fürvornehmlicher für sie arbeiten kann, als die privatkapitalistischen. Außer den 4 Proz. Zinsen für die eine Million Aktienkapital, mit dem die „Volksfürsorge“ von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründet ist, kennt sie keine Anteile an Vorstand oder Aufsichtsrat und Dividenden an Aktionäre, die beispielsweise bei der „Victoria“ von 1904—1911 über 14 1/2 Millionen Mark und bei der „Friedrich-Wilhelm“ in den Jahren von 1908—11 18 032 881.— M. betragen haben und heute noch sehr hoch im Laufe stehen...

Heute, wo das Wort Sozialisierung in aller Munde ist, sollte man es kaum noch für möglich halten, daß Millionen Volksgenossen, die sich stolz als Sozialisten betrachten und der Regierung bittere Vorwürfe machen, daß sie so zögernd mit der Sozialisierung vorgeht, hinsichtlich der Versicherung die strammsten Unterstützer des Privatkapitalismus sind und achlos an der Volksfürsorge, dem einzigen sozialisierten Versicherungsunternehmen in Deutschland, vorübergehen. Die 27 Altiengeellschaften hatten 1917 einen Polizenbestand von 9 972 340, 1918 von 10 428 411, ohne die 2 672 079 Polizen der 20 Gegenleistungsgesellschaften, wovon auf die Volksfürsorge 292 098 entfielen. An der Zunahme von 608 941 Polizen war die Volksfürsorge mit 65 007 beteiligt. Günstiger gestaltete sich für sie das Geschäft unter den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften, die 1918 9 421 502 Polizen besaßen.

die Lufe vor der Zeit. Der Mann deckte das Gefäß zu, dann ging es wieder eine Weile gut, aber als der Winter einsetzte, froh das Rinnsal ein, und die Einrichtung verlagte gänzlich.

Da muhten die Biegen und auch der Mann selbst entbehren lernen.

Das waren harte Tage; der Mann mußte Hilfe haben, hatte jedoch keine. Er wurde aber deshalb doch nicht ratlos. Er schaffte weiter, sich sein Heim zu errichten, machte ein Fenster in die Hütte, ein Fenster mit zwei Glasscheiben. Das war ein merkwürdiger und besser Tag in seinem Leben, als er nicht auf dem Herd Feuer anzünden mußte, um fehen zu können; nun konnte er drinnen sitzen bleiben und bei Tageslicht Tröge aus Holz anfertigen. Er verbesserte sich und sagte: „Ach ja, Herrgott im Himmel!“ Er las nie in einem Buche, seine Gedanken beschäftigten sich aber oft mit Gott; er konnte nicht anders. Vertrauten und Ehrfurcht wohnten in seiner Seele. Der Sternenhimmel, das Raufachen des Waldes, die Einkamkeit, die Schneemassen, die Gewolken auf der Erde und über der Erde stimmten ihn oftmals am Tage nachdenklich und andächtig; er fühlte sich sündig und war gottesfürchtig, des Sonntags wusch er sich zur Ehre des Feiertages, arbeitete aber sonst wie alle Tage.

Der Frühling kam heran; er behaute seinen kleinen Acker und hachte Kartoffeln. Er hatte jetzt einen größeren Viehstand, jede Ziege hatte Zwillinge gebracht, es waren jetzt sieben Geissen, groß und klein zusammengerechnet. Mit der Zukunft vor Augen erweiterte er seinen Stall und setzte auch da ein paar Fenster-scheiben ein. Es leuchtete und tante allüberall.

Eines Tages kam die Hölle. Drogen auf der Halbe wanderte sie lange hin und her, ehe sie sich heroorwagte. Es wurde Abend, bis sie herankam, aber dann kam sie — ein großes, braunäugiges Mädchen; sie war äppig und breitgebaut mit selten guten Händen, mit Romagern (Rappenschuhe) an den Füßen, obgleich sie keine Rappin war, und mit einem Kalbfellsock auf dem Rücken. Sie war wohl schon etwas bei Jahren, höflich gesprochen, nach an den Dreißigern.

Warum sollte sie sich denn fürchten? Sie grüßte, fügte jedoch rasch hinzu: „Ich muß nur über die Berge, so hab ich diesen Weg genommen.“ — „So“, sagte der Mann. Er verstand sie nicht ganz, sie redete unendlich und wendete überdies das Gesicht weg. — „Ja“, sagte sie. „Und es ist ein sehr weites Weg.“ — „Willst du über die Berge?“ — „Ja.“ — „Was willst du dort?“ — „Ich habe meine Reute dort.“ — „So, hast du deine Reute dort? Wie heißt du?“ — „Anger, und wie heißt du?“ — „Jal.“ — „So, Jal. Wohnst du hier?“ — „Ja, ich

wohne hier und hab es so, wie du hier siehst.“ — „Das ist wohl nicht übel“, sagte sie lobend.

Jal war im Denken ein ganzer Mann geworden, und nun kam ihm der Gedanke, daß sie wohl im Auftrag von jemand gekommen, ja daß sie direkt von Hause hierher gekommen sei und nicht weiter wolle. Sie hatte vielleicht gehört, daß ihm weibliche Hilfe fehlte.

„Komm herein und ruh dich aus!“ sagte er. Sie traten in die Hütte, aßen von ihrem Rundbrot und tranken von seiner Geismilch; dann kochten sie Kaffee, den sie in einer Blase bei sich hatte. Sie hatten es sehr behaglich beim Kaffee, ehe sie schlafen gingen. In der Nacht fühlte er großes Verlangen nach ihr, und er bekam sie.

Am Morgen ging sie nicht wieder weg und den Tag über auch nicht; sie machte sich nützlich, melkte die Ziegen und schauerte die Timer mit feinem Sand, daß sie blutblank wurden. Sie ging nie wieder fort. Anger hieß sie, und Jal hieß er.

Nun begann ein anderes Leben für den einsamen Mann. Das einjäre war, daß seine Frau unendlich redete und wegen einer Kassenkarte dabei immer das Gesicht wegwendete; aber das war nichts, um sich darüber zu beklagen. Ohne diesen verunglückten Mund wäre sie wohl nie zu ihm gekommen, die Kassenkarte war sein Glück. Und er selbst, war er ohne Fehl? Jal mit dem Vollbart und dem zu unterrichteten Körper, er war wie ein gewaltiges Mähgrad, ja wie durch eine verzerrende Fenster-scheibe gesehen. Und wer sonst ging mit einem solchen Ausdruck im Gesicht umher? Es war, als könne er jeden Augenblick eine Art von Barrabas loslassen.

Sie lief nicht davon. Wenn er fort war und wieder heimkam war Anger in der Hütte; die beiden waren eins, die Hütte und sie.

Er hatte nun einen Menschen mehr zu versorgen, aber es lohnte sich, er konnte länger fort sein, er konnte sich rühren. Da war der Fluß, ein freundlicher Fluß, der neben seinem freundlichen Aussehen auch tief und raschen Laufes war; er war durchaus kein geringer Fluß, er mußte aus einem großen Wasser droben im Gebirge kommen. Nun verschaffte Jal sich Fischgeräte und ging zum Flusse, wenn er dann am Abend heimkam, brachte er eine ordentliche Anzahl Forellen und Alpensolme mit. Anger umfing ihn mit großer Verwunderung; sie war ganz übermäßig, schlug die Hände zusammen und rief: „Um alles in der Welt!“ Sie merkte wohl, wie erfreut und stolz er über ihr Lob war, und da hatte sie noch mehr freundliche Worte; daß sie so etwas noch nie gesehen und gar nicht verstände, wie er das zustande gebracht habe. (Fortf. folgt.)

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

2)

„Eine Magd zur Hilfe? Nein. Aber wir wollen es weiter sagen.“ — „Ja, wenn ihr so gut sein wollt. Und daß ich ein Haus und Ackerland und Vieh habe, aber keine Magd zur Hilfe, das sollt ihr sagen.“

Ach, so oft er mit seinen Birkenrinden drunten im Dorfe war, hatte er noch dieser Magd zur Hilfe ausgedacht, aber keine gefunden. Sie hatten ihn betrachtet, eine Witwe, ein paar ältere Mädchen, es aber nicht gewagt, ihm Hilfe zu versprechen; woher das kommen mochte, das begriff Jal nicht. Begriff er es wirklich nicht? Wer wollte bei einem Manne dienen, draußen im Oedland, meilenweit von den Menschen, ja eine Tagereise von der nächsten menschlichen Wohnung entfernt! Und der Mann selbst war nicht die Spur lieb und hübsch, im Gegenteil, wenn er sprach war er kein Tenor mit gen Himmel gerichteten Augen, sondern hatte eine etwas bellende grobe Stimme.

Also blieb ihm nichts anderes übrig, als allein zu bleiben. Am Winter machte er große Holztröge, verkaufte diese im Dorfe und kam mit Säcken voll Lebensmitteln und Werkzeug durch den Schnee zurück. Das waren harte Tage, ja er hatte eine längere Last. Er hatte ja Kautschiere, und sie konnte er nicht längere Zeit verlassen. Wie hielt er es da? Die Not macht erfinderisch, sein Gehirn war stark und unverbraucht, und er übte es immer mehr. Das erste, was er tat, wenn er fortging, war, die Ziegen loszulassen, so daß sie an den Zweigen im Walde ihren Hunger stillen konnten. Aber er wußte auch noch einen anderen Ausweg. Er hängte am Fluß ein großes Holzgefäß auf und ließ ein kleines Rinnsal hineinkommen; es dauerte vierzehn Stunden, bis dies Gefäß voll war. Wenn das Gefäß bis zum Ueberlaufen voll war, dann hatte es gerade das rechte Gewicht, daß es herunterfiel; aber indem es sank, zog es an einer Peine, die mit dem Seuboden in Verbindung stand eine Luke öffnete sich, drei abgemessene Geismahlzeiten fielen herunter, und die Tiere hatten ihre Nahrung.

Auf diese Weise machte er es. Eine geistreiche Erfindung, ja vielleicht eine Eingebung von Gott, dem Manne war gebolten. Es ging gut bis in den Spätherbst, dann kam Schnee, dann Regen, dann wieder Schnee, dauernd Schnee; da wirkte die Einrichtung mit der Feuerförmung verkehrt, das Gefäß füllte sich mit Regenwasser und öffnete

Unzweifelhaft günstiger wird das Jahr 1919 für die Volksfürsorge sein mit seinen rund 160 000 Anträgen.

Auch die Erhöhung der Versicherungssumme per Kopf von 230 M. im Jahre 1918 auf 506 M. 1919 ist zwar erfreulich, entspricht aber noch durchaus nicht der Geldentwertung. Und doch besteht heute die Möglichkeit, sich bei der Volksfürsorge mit 8000 M. bzw. 5000 M. zu versichern. Das wird allerdings erst im laufenden Jahr in Erscheinung treten.

Bezeichnend ist es, daß in dem kleinen Orte Goldlauter jede 8. im großen Berlin aber erst jede 125. Person in der Volksfürsorge versichert ist. Wenn auch manche andere Großstadt verhältnismäßig besser dasteht, so bleibt doch noch ein überreichliches Betätigungsfeld für die vorwärtsstrebende Arbeiterschaft übrig, namentlich wenn man die 472 144 Gesamtversicherungsträger der Volksfürsorge zu den 18 1/2 Millionen sozialdemokratischen Stimmen, den über 7 1/2 Millionen freigewerkschaftlich organisierten Arbeitern in Vergleich stellt, und bedenkt, daß der vierte Teil des deutschen Volkes konsumgenossenschaftlich organisiert ist. Das Uebermaß der Gleichgültigkeit dem Versicherungswesen gegenüber steht doch in zu kräftigem Mißverhältnis.

Bei den 21 die Volksversicherung betreibenden Gesellschaften erloschen im Jahre 1918 allein 158494 Policen ohne Vergütung mit einer Versicherungssumme von 48 231 589 M., für die aus irgend einem Umstand die Prämien nicht mehr gezahlt wurden. Die eingezahlten Prämiengeber lassen den Gesellschaften als Gewinn zu, woran die „Volksfürsorge“ aber nicht beteiligt war, da sie keinen Prämienverfall kennt. Kann ein Versicherter nicht mehr zahlen, dann wandelt sie die Versicherungspolice in eine Spar- oder prämienfreie Police um und niemand wird geschädigt. Schon diese eine Tatsache sichert den Arbeitern Gewinn. Ueber die weiteren günstigen Bedingungen kann sich jedermann leicht in den Konsumvereinen, den Gewerkschaften und deren Büros und bei den Rechnungsstellen der „Volksfürsorge“ unterrichten. Wo das nicht möglich ist, wende man sich direkt an die Hauptgeschäftsstelle der „Volksfürsorge“ Hamburg 5.

Gewerkschafter und Genossen! Dem das Wohl seiner Familie am Herzen liegt und sie im Falle seines Ablebens nicht in der größten Not zurücklassen will, unternehme sofort Schritte zu seiner und seiner Familienmitglieder Versicherung bei der Volksfürsorge. An das Verständnis der Frauen appellieren wir besonders, da sie die am meisten Leidtragenden sind, wenn der Ernährer der Familie plötzlich nicht mehr ist und sie dann in der größten Not zurücklassen muß. Begebe sich aber niemand zu den Versicherungsgesellschaften, sondern jeder baue auf die eigene Kraft, sich der von den Gewerkschaften und Genossenschaften gegründeten, sozialisierten Volksfürsorge zuwendend und für deren Ausbreitung sorgend. Werfe daher jeder auch in dieser Frage die Gleichgültigkeit von sich und befreie sich auch hier, wo er es so leicht kann, aus den Fingern des Privatkapitalismus.

Groß-Berlin

Putsch und Gemeindevertreter.

Zu dem Artikel des Genossen Viktor Koad in der „Kopra“, aus dem wir in unserer Nr. 172 einen Auszug brachten, schreibt uns ein Treptower Genosse:

Das Zitat aus der „Kommunalen Praxis“ wirft die interessante Frage nach der Betätigung der Gemeindevertreter während eines Generalstreiks auf und weist schon durch die Fragestellung die im Gegensatz dazu aufgestellte und vereinzelt durchgeführte Forderung der Einstellung jeder Gemeindegewaltigkeit ab. Die „Kommunale Praxis“ wünscht also im Gegensatz dazu „Tagung in Permanenz“.

Frage man nun: „Wo waren die Gemeindevertreter in den Putschtagen?“, so wird überall die Antwort kommen: „Wie jeder tätige Genosse auf ihren Posten“. Ob dieser jeweils besser auf dem Rathaus, auf der Straße oder im Parteilokale ist, erscheint mir dagegen mehr eine lokale Zweckmäßigkeitsfrage zu sein. Als alter Gewerkschafter liegt mir weniger die Frage, wie der Generalstreik am prinzipienfestesten durchgeführt wird, als wie er am sichersten zum Ziel führt.

Alle Gemeindevertreter ständig ins Rathaus gesperrt, bedeutet, sie für den übrigen Parteidienst brachzuliegen. Ein „Aktionsausschuß“ der Gemeindevertretung in Permanenz kann ähnliche Wirkung haben, denn man müßte doch seine tätigen und einflussreichsten Leute hineinstellen. Praktisch wird also auch hier der lokale Bedarf entscheiden und dann ist doch wohl überall der Gemeindevorstand bzw. Magistrat der gebene Aktionsausschuß aus allen Parteien.

Die gewünschte Information des Publikums hätte in den Putschtagen auch der gewandteste Gemeindevorstand kaum zu geben vermocht, denn er war bei dem Stillstand des ganzen behördlichen Apparates selbst ohne solche und auf die Nachrichten der Parteien angewiesen. Diese waren freilich auch recht spärlich. Die Parteinstellen, die wohl überall fast Tag und Nacht „in Permanenz“ waren, haben darin ihr Möglichstes geleistet. So fand z. B. in Baumfchulenweg am Revolutionsdienstag mittags eine von den beiden sozialistischen Parteien schnell einberufene Einwohnerversammlung unter freiem Himmel lediglich zur Information statt. Daneben wirkte die parteioffizielle Benachrichtigung von R und zu R und auf der Straße. Der große Mangel aber blieb im Kampf das Fehlen der Kampfblätter, der Zeitungen.

Die Gemeindevertretung von Treptow erklärte sich bereits am Montagvormittag „in Permanenz“, setzte aber dafür schon am Dienstag einen „Ausschuß“, bestehend aus dem Gemeindevorstand und den Fraktionsführern ein, der denn noch am Mittwoch und Sonnabend tagte. Man war sich aber bald bewußt, daß nach Regelung der dringenden gemeindlichen Fragen tatsächliche Permanenz Kraftvergebung wäre.

Die weiter gewünschte „Zentrale der Gemeindevertreter“ ist ja für Groß-Berlin vorhanden, wenn sie auch wenig aktiv ist. In diesen Tagen hätte sie aber neben dem Wahlvereinsapparat auch kaum Besseres leisten können. Der große Mangel bei diesem Kampfe war eben das Fehlen jeder zuverlässigen gedruckten Nachricht, die allein sinnlose Gerüchte ausschließen und ein einheitliches Kampfziel geben kann.

Die Presse ist für die Arbeiter im Streik ein ebenso wichtiges Kampfmittel wie Pulver und Blei für die Soldaten. Das Erscheinen der Arbeiterblätter oder eines Arbeiterblattes zu ermöglichen muß deshalb bei künftigen Bewegungen um jeden Preis versucht werden trotz Besetzung oder Zerstörung einiger Druckereien. Die Buchdrucker, die dabei mitarbeiten, sind ebenso wertvolle Kampftruppen für uns wie die sonstigen Funktionäre, die Radfahrer, Meldegänger, Flugblattbedreiter.

Die Presse ist eine Wacht, dann mehr denn je!

Die Wohnlaube.

Bei aller Unterstützung und Umsicht der öffentlichen und privaten Körperschaften wird es leider nicht möglich sein, in absehbarer Zeit den Wunsch weiter Volkstheile nach einer eigenen Heimstätte in nur einigermaßen ausreichendem Umfang zu befriedigen.

Mehr noch als bisher muß deshalb zu Nothelfern gegriffen werden.

Für die Kreise Teltow und Niederbarnim und die Stadt Spandau hat der Regierungspräsident in Potsdam Bestimmungen durch Sonder-Verordnungen über die Errichtung von Wohnlauben vom 11. April 1919 erlassen. Grundsätzlich läßt diese Verordnung zwar nur die vorübergehende Benutzung von Wohnlauben zum Aufenthalt von Menschen höchstens für die Zeit vom 15. April bis zum 15. Oktober jedes Jahres zu und setzt voraus, daß die Bewohner anderwärts eine feste Wohnung haben. Beide Beschränkungen sind aber für die Zeit der Wohnungsnot durch die Bestimmungen des § 18 der Verordnung, und zwar längstens bis zum April 1924 außer Kraft gesetzt!

Wenn trotz der drückenden Wohnungsnot und der Ernährungs-schwierigkeiten von der Verordnung bisher nur in beschränktem Umfang Gebrauch gemacht worden ist, so ist dies wohl vorwiegend auf die geringe Verbreitung ihrer Bestimmungen zurückzuführen. Denn bei aller Baustoffnot wird es dem Einzelnen bei festem Willen und gehöriger Mitarbeit immerhin möglich sein, eine Wohnlaube auf ihren Grundstücken zu schaffen. Ueber die Art der Bauausführung empfiehlt sich eine Beratung durch die Baupolizeibehörden, Siedlungsgesellschaften und gemeinnützigen Bauvereinigungen.

Nach der erwähnten Polizeiverordnung bedürfen Wohnlauben nur der Baugenehmigung und der Gebrauchsunterbrechung. Die Anstellungsgenehmigung ist vor Errichtung einer Wohnlaube nicht nachzusuchen, auch unterliegen diese Baulichkeiten dem kommunalen Bauverbot nicht. Hinsichtlich der Bauvorschriften können die Ortspolizeibehörden Erleichterungen gewähren. Der Umfang der Wohnlaube darf eine Grundfläche von 30 Quadratmeter nicht überschreiten, es ist aber eine Veranda von höchstens 10 Quadratmetern zulässig. Massive Ausführungen von Wohnlauben, die nur ein Geschoss aber einen Vorratskeller in mäßigen Abmessungen erhalten können, dürfen nicht erfolgen; die Umfassungswände sollen aus Holzwerkstoff, Holz, Eisenblech, Drahtputz, Gipsdielen und ähnlichen Stoffen hergestellt werden. Empfehlenswert ist die Behmbauweise und zur Ausführung der Bauten ein Besuch der staatlich unterhaltenen Lehrsiedlung für Naturbauweisen in Zepern, Kreis Niederbarnim, Bahnstation Kottbus, die voraussichtlich am 1. Mai d. J. eröffnet werden wird. — Außer den Wohnbauten und einem Abort ist die Errichtung von Ställen für Kleinvieh bis zu 10 Quadratmeter zulässig.

Sozialdemokratische Frauenkundgebung.

Freitag, den 9. April, nachmittags 5 Uhr, Versammlung der Genossinnen Groß-Berlins im Kriegervereinshaus, Chausseest. 94. Genossin Bohm-Schuch, M. d. R., spricht über: Die politische Lage und die kommenden Wahlen. Die politische Lage und die kommenden Wahlen. Genossinnen, findet Euch vollständig ein zur einmütigen Kundgebung gegen die Reaktion für Freiheit, Recht und Wohlfahrt!

Die Beamtenschaft gegen die Reaktion!

Die Berliner Beamtenschaft hielt am 1. April drei sehr gut besuchte Versammlungen ab. Die Referenten des Abends waren die Genossen Franz Krüger, M. d. R., Ratulisch, Feinig, Thurnau, Dittmar und Landrichter Ruben. In den Versammlungen wurde ungefähr folgendes ausgeführt:

Der Kapp-Putsch hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die Zeit der Reaktion noch nicht vorüber ist. Arbeiter und Beamtenschaft standen diesem Putsch geschlossen gegenüber und nur ihrem tatkräftigen und geschlossenen Vorgehen ist es zu verdanken, daß diese Staatsverbrecher nicht länger im Sattel blieben. Die Beamten haben aus dieser Situation gelernt, daß es notwendig ist, eine getätigte Organisation zu schaffen, die jederzeit in der Lage ist, den Kampf gegen die Reaktion aufzunehmen zu können. Es hat sich auch gezeigt, daß durch die Sabotage der noch im Amt befindlichen reaktionären Herren es nicht möglich war, die Verhältnisse der Beamtenschaft zu verbessern, wie es verlangt werden kann. Dieses liegt zum Teil daran, daß auch heute noch in der Beamtenschaft Klarheit und der nötige Mut fehlt, um für ihre Ueberzeugung einzutreten. Die Beamtenschaft muß unbedingt Farbe bekennen. Es muß dafür Sorge getragen werden, daß die reaktionären Beamten, die gegen die Republik sind, aus ihren Posten entfernt werden. Die Beamten richten an die Regierung den dringenden Wunsch, endlich mit der Demokratisierung der Verwaltung zu beginnen denn nach ihrer Meinung haben Evidenz und Reaktionäre keinen Platz mehr in den Beamten. Die Beamten wissen, daß durch energisches Zugreifen eine volle Säuberung möglich ist. Genügend Kräfte stehen in der Beamtenschaft zur Verfügung, welche treu auf republikanischem Boden stehen.

Wir stehen vor den Wahlen und da sehen wir bereits, daß die bürgerlichen Parteien mit kaum glaublichen Mitteln versuchen, die Beamten wieder für sich zu gewinnen. Die Beamten werden sich nicht mehr tödnen lassen. Diese Zeiten sind vorbei. Im Gegenteil, es wird eine Abrechnung bei den Wahlen geben, daß den Herrschenden von rechts nicht wohl sein wird. Die Beamten werden den Parteien, von denen sie bisher geknechtet worden sind, von denen sie wie unmündige Kinder behandelt worden sind, keine einzige Stimme geben. Die Beamten haben gegen die Kapp-Verste mit den Arbeitern zusammen in einer Front gestanden; sie werden im Wahlkampf ebenfalls mit den Arbeitern und der S. P. D. stehen, weil sie eingesehen haben, daß die S. P. D. die einzige Partei ist, die die Interessen der Beamten nach jeder Richtung mit Erfolg vertreten kann. Die Beamten kennen von jetzt an nur noch einen Kampf und zwar den gegen rechts, denn dort steht der Feind.

An die Arbeiterkern!

Der Zentralverband der Hausangestellten schreibt uns:

Wie so viele Organisationen müssen auch wir uns an die Öffentlichkeit wenden um die Arbeiterkern darüber zu warnen, ihren schulentragenden Lehrlern den Beruf als Hausangestellte erlernen zu lassen. Lange haben wir uns besonnen, ehe wir diesen Schritt unternahmen. Aber der Verband darf nicht länger schweigen, nachdem dieselben Kreise, die nach Haushaltungslehrlingen Ausschau nach neuen, wirklichen gelundene Verhältnisse im Hausangestelltenberuf zu schaffen. Solange keine Tarifverträge bestehen und Löhne in der Höhe von 10 bis 70 M. für über 18 Jahre alte Hausangestellte gezahlt werden, können wir die Verantwortung nicht tragen.

Bis heute fehlt noch jede Regelung der Arbeits- und Freizeit. Alle Bemühungen scheiterten, denn in den Haushaltungen muß der alte Geist fortleben: Eine Hausangestellte darf nicht fordern! Wir aber sagen: Der Beruf als Hausangestellte kann nur empfohlen werden, wenn die Arbeitszeit nicht länger als zehn Stunden dauert, wenn die Zeit nach acht Uhr abends wirklich den Hausangestellten gehört, wenn die Ferien geregelt, Ueberstunden bezahlt werden und die Löhne so sind, daß eine Hausangestellte auch wirklich sich selbst halten kann. Es sind Fälle bekannt, in denen 30-40 jährige Hausangestellte Vorkasse nehmen müssen, um sich Stiefel und sonstige Kleidungsstücke kaufen zu können, weil die Löhne nicht ausreichen. Das bedeutet doch ein sich voll-

ständig in die Hand der Hausfrau geben. Die Hausangestellten kommen einfach nicht mehr aus den Schulden heraus.

Kähere Auskunft gibt der Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Berlin SO. 16, Engelauer 21.

Nächste Verwendung finden jetzt die Schiefstände in der Hafenside, nachdem sie Jahrzehnte hindurch eine schlimme Plage für die Bewohner der benachbarten Stadtteile von Berlin und Neutölln gewesen sind. Künftig wird das Gelände zum Teil von dem angrenzenden Neutöllner Krankenhaus Hafenside gegen eine an den Militärstützpunkt zu zahlende Pacht als Park benutzt, der den Ansassen des Krankenhauses sehr willkommen sein wird. Man sollte nun auch über das Gelände der ehemaligen Hafenside hinweg endlich in nordöstlicher Richtung einen bequemeren Zugang zu dem Garnisonfriedhof schaffen, den jetzt so viele Kriegerhinterbliebene aufsuchen. Der opferreiche Krieg hat diesen früher ganz kleinen Begräbnisplatz in ein Graberfeld von entsprechender Größe verwandelt.

Das neue April-Programm des Zirkus Busch beginnt diesmal mit einer neu aufgeführten, prachtvollen fünfaktigen Original-Parodie „Der Wilddieb“. Dieses auf das Kleinste gut ausgestaltete und einstudierte Manegestück zeigt uns das Bild einer Kodel- und Sittlichkeitsgesellschaft, ein Schützenfest im Hochgebirge und schließlich mit einer prunk- und effektvollen Apotheose. Der prächtige Farbenreichtum der Kostüme ist bewundernswert. Das von Kapellmeister Taubert gut geleitete Orchester vervollständigt den Erfolg des Stückes. Die Freiheitsdeffuren, vorgeführt von Herrn Hef und der Schreitlerin Fräulein Wagner, Clown Jansch mit seinen Liebeshunden und die chinesischen Gaudler Gai-Jung fanden großen Beifall beim Publikum. Tuzin, der Mann mit der Flasche, Marino, eine Evolution am schwankenden Schiffsmaße, leisteten Erstaunliches.

Im Märkischen Museum spricht heute 7 Uhr Herr Dr. Straube über „Berliner Vorjellan“.

Ein Sternbild-Viertel in Neutölln. Der Neutöllner Magistrat hat beschlossen, den jetzt zum Teil in der Ausführung begriffenen neuen Straßen in den Stadtteilen zwischen Köpenicker Allee und Kaiser-Friedrich-Straße und zwischen Dammeweg und Gemarkungsgrenze die Bezeichnung von Sternbildern beizulegen. Die im Ausbau befindliche Straße 12 erhält den Namen Siriusstraße, Straße 18 Delpinstraße, Straße 17 Sternallee, Straße 18 Marsstraße, Straße 22 Jupiterstraße usw. Die Blöcke 8, 9 und 10 sollen mit Sonnenplatz, Stern- und Kometenplatz bezeichnet werden.

Neutölln. Volkshochschule. Infolge Veränderung des Programms der Volkshochschule beginnen die Eintragungen zu den Kursen erst am 9. d. M., nachmittags 6-7, im Rathaus, Zimmer 218, sowie in den durch Anschlag bekanntgemachten Geschäften. Vom 10. d. M. ab finden die Eintragungen werktäglich von 10-11 und von 5-7 statt. — Die infolge Schließung der Schulen ausfallende Vorlesung Nr. 5 — Stubenrat Oldendorf: Einseitige Werte in der Klassischen und neueren Dichtung — findet nunmehr heute 7 Uhr im Gesellschaftsraum der Anabernmittelstraße, Donaustraße 120, statt.

Reinickendorf. Der kommunale Volkshochschul-Ausschuß veranstaltet Montag, den 19., 1/8 Uhr, in den Grabmälern ein Konzert des Bläser-Orchesters. Karten à 2,50 M. bei den Funktionären.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Ab heute auf OI-Kinderkarte 1/2, Alter Vollmilch. Steglitz. 1 Kasse (7 K), 2 Packen Milchpulver (8 K). Für Kriegsbeschädigte, die 30 Brod und darüber erwerben dürfen sind, vom 8. bis 22.: 1000 Gramm Getreide, 1000 Gramm Teigwaren (10). Tegel. 250 Gramm Waimelade (15), 250 Gramm Okerflocken (16). Für Kinder und alte Leute 250 Gramm Weizen (13). Friedrichshagen. 250 Gramm Okerflocken (B), 250 Gramm Kuntionis (2), 250 Gramm Backobst (B), 250 Gramm weiße Bohnen (C), 250 Gramm Kartoffelmehl (D). Johannisthal. 250 Gramm Roggenmehl (508), 2 Stück Suppenwürfel (600), 125 Gramm Gerupen (10), 125 Gramm Sago (11). Für Jugendliche 250 Gramm Hülsenfrüchte (49).

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 8. April:

Schöneberg. 8 Uhr, Aula Nichtskule, Kolonnenstr. 22/23, Mitglieder-versammlung. Bericht und Bewußt des Vorstandes. Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Ortsgruppe Ecken und Norden: 7 1/2 Uhr im Saal der Kirchlichen Sprachschule, Lindenstr. 3. 1. Teil part. — Ortsgruppe Osten: 7 1/2 Uhr bei Vorrat. Komintern Str. 21, Mitgliederversammlung. — Ortsgruppe Neutölln: 7 1/2 Uhr im hiesigen Jugendheim, Rogalstr. 52, Vortrag über „Kommunale Praxis“.

Bildungsveranstaltungen.

Konzerte: Beethoven-Konzert Sonntag, vorm. 11 1/2 Uhr, in der „Neuen Welt“, Holtenauer 108/114. Die Karten müssen unverzüglich eingelöst werden. — Theater „Die Tretkiste. Toller's „Gandlung“ Sonntag, 18. und 25. April, nachm. 8 Uhr. Karten à 2,50 M. im Bureau des Bildungsvereins Lindenstr. 3, II. Hof, IV. Zimmer 10, zu haben. Geöffnet von 9-4 Uhr, Donnerstag von 9-1 Uhr und von 5-8 Uhr abends. — Sonnabend, den 24. April, Opernabend „Bunte Bühne“ mit anschließendem Tanz. Beginnend abends pünktlich 6 Uhr. Eintrittspreis inklusive Tanz 2,00 M.

Jugendveranstaltungen.

Heute 7 1/2 Uhr:

Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, Deimelbrechung. — Charlottenburg, Reinerstr. 3, Lesabend. — Marienfelde, Gemeindehale, Dorfstraße 54, Mitgliederversammlung. — Neuenhagen a. O. Ostbahn, Gemeindefeier (Kula), Nebenfeiern, Freizeitsabend. — Neutölln, Nord, Wändener Str. 52, Generalversammlung. — Niederhagenweide, Jugendklubzimmer, Berliner Str. 31, Mitgliederversammlung. — Schmagardener, Jugendheim, Breite Str. 36 II, Vortrag. — Schönehauser Vorstadt I, Schule, Sonnenberger Str. 9, Vortrag: Was ist Sozialismus? — Steglitz-Friedenau, Clement, Döppelstr. 7, Mitgliederversammlung. — Wedding, Klages, Ullricher Straße, Mitgliederversammlung. — Zehden, Treptow, Baumfchulenweg, Sonnabend 1/7 Uhr im Reichenderger Hof, Reichenderger Str. 147; Frühlingfeier. Eintritt einlöslich. — Ost-Nordosten, Sonnabend 1/7 Uhr Deutsches Festzelt, Gr. Frankfurter Straße; Frühlingfeier. Eintrittskarten 1,25 M.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Touristenverein „Die Naturfreunde“. Sonntag: Birkenwerder, Heide, Oranienburg. Abfahrt: Berliner Vorortbahnhof 6 1/2 Uhr. — Arbeiter-Samaritervereine Berlin. I. Abteilung, Vorträge: Heute und morgen, pünktlich 7 Uhr, in der Schulaula, Kantenstr. 1b (an der Reigenstraße). Gäste und alte Mitglieder willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Neutölln 100. Sie werden am besten Auskunft erhalten von Frau W. R. Schneider, Kolonie East bei Wandenburg a. S. — Dina. Wir haben wenig Aussicht auf Annahme; nur in seltenen Fällen sind dieselben unterzubringen. — W. G. 22. Dazu ist genaue Kenntnis aller Zweige der Sozialversicherungsgesetzgebung notwendig; zum Teil auch des Bürgerlichen und Strafrechts. Unge Bildungsnahme mit der Organisation und Kenntnis der Geschichte der Arbeiterbewegung. —

Westeraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitag mittag. Reisezeit besser, jedoch überwiegend bewölkt, am Tage mäßig warm bei frischen Lüften und jäherlichen Winden. Später im Westen und längs der Küste reichliche leichte Regenfälle.

Aus aller Welt.

Ein Fliegerdrama spielte sich bei Cinedo in Westfalen ab. Ein Reichsweitflugzeug streifte ein zweites so schwer, daß dieses abstürzte und den Flieger unter sich begrub. Als sein Kamerad dies

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus. Othello. Anfang 6 1/2 Uhr.

Schauspielhaus. Der Kronprinz. Anfang 6 1/2 Uhr.

Königgrätzerstraße. Sie. Freitag Schloß Wetterstein.

Komödienhaus. Minister (Max Pailenberg).

Berliner Theater. letzte Walzer. Fritz Messary, Otto Storm.

Central-Theater. Fräulein Puck. Deutsches Opernhaus.

Die Tribüne. Franziska. Eden-Theater.

Die Dollarprinzessin. Friedr.-Wilhelmstr. Th.

Evchen. Humbrecht. Kleines Theater.

Die Pfarrhanskomödie. Schauspielhaus.

Die unberührte Frau. Komische Oper.

Wenn Frauen träumen. Lo Benz, Joach. v. Seewitz.

Zwangseinquartierung. Metropol-Theater.

Sybill. Sonntagnachm. 3 Uhr. Charleys tante m.

Die kleine Hobeit. Stg. 3/4. Die Dame vom Zirkus.

Neues Volkstheater. Hoffnung auf Segen. Schiller-Theat.

Macht der Finsternis. Thalia-Theater.

Die närrische Liebe. Th. am Nollendorferplatz.

Der Stiefel. Theater des Westens.

Volkstheater. Theater am Bülowplatz. 7 U.: Nach Damaskus.

Lessing-Theater. Pygmalion. Freitag 7 Peer Gynst.

Deutsches Künstler-Theater. Menagerie. Allabendlich.

Rose-Theater. Das Lied der Liebe. Theater l. d.

APOLLO. Theater. Direkt. James Klein.

April 1920! Das Welt-Rätsel. Agra.

Die einz. Gedanken Ieserin der Welt. Telefontrenden.

Vorsicht bei Gesprächen. unter Mitwirkung d. bek. Filmgrößen.

Valy Arnheim. Marga Lindt. Kunst u. Schönheit.

Erika DENNISSON. in ihren Tänzen.

4 Arkonis. 3 Brabus. Derrington.

2 Ossuots. 4 Sandwinas. Schall u. Rauch.

im Großen Schauspielhaus, Karistr.-Schiffbauerdamm.

Wiederauftreten Paul Graetz. Oscar Sabo.

Anita Berber. Mady Christians. u. a.

THEATER AM MORITZPLATZ. Der große Erfolg!

Morel. Der Meister der Kette. II. Teil.

Honoré d' Balzac. Regie: Conrad Wieae. Einlaß: 630 und 830.

Varieté-Café Moritzplatz. Oranienstr. 53/55.

Kleines Schauspielhaus. Freitag, den 9. April 1920: Erstes Auftreten von Elise und Albert Baffermann.

Neues Volkstheater. Neues Volkstheater. Freitag, den 9. April 1920. Das Paradies.

Arien- u. Duetten-Abend. Grete Stückgold. Dr. Emil Schipper.

Trabrennen in Mariendorf. Sonntag, den 11. April, nachm. 2 Uhr. 8 Rennen.

Circus Busch. Heute NUR Boxkämpfe. Morgen sowie tägl. 7 1/2 U.

Reichshall-Theater. Winter-Garten. Täglich 7.30 Uhr.

Engl. Zigaretten! Restposten günstig. 330 Stck. Nendley.

M. Guttmann, Berlin O 27, Alexanderstr. 22. Aufgang VII.

Ihr neuer Anzug. Friedenquell, Exira-Inferrigung. Konturrenzen, 800 bis 1200 R.

Artur Ros, gegenüber Bahnh. Alexanderb. Reifenschnur (Sündermanns) Weg.

Zinn bis 50 M. per Rilo. Lötzinn bis 30 M. per Rilo.

Annahme für Vorwetten für alle Rennen in Berlin und im Reiche. 1. Schadowstr. 8, für persönliche und Postaufträge.

Ziehung am 13. und 14. April. Rote + Lotterie. 100000 Lose. 4155 Gewinne im Werte von Mk. 1000000.

Juwelen Margraf & Co. Ankauf Juwelen. Margraf & Co. zum heutz. hohen Kurs.

Nur ich. Zeitungspapier. Fritz Seydlitz, en gros Papier en détail.

Kapitalanlage. Grothaer Lebensversicherungsbank. auf Gegenseitigkeit. Begründet 1827.

Alte Gebisse. auch einzelne Zähne zu höchsten Tagespreisen. Platin-Brennstifte usw.

Achtung! Achtung! Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Eisen und Fliesen die allerhöchsten Tagespreise.

Das Christusproblem gelöst! Sehen arabisch: Vor 1800 Jahren! In einer alten orientalischen Hölle ist ein Dokument gefunden worden.

Pelz-Aufbewahrung einschließlich Pflege und Versicherung. Motten-schaden. Kostenlose Abholung. Maassen.

Es werde Licht! Mutterschutz. Sicher, bequem, ärztlich glanzend begutachtet. Patentex Mutterschutz.

Kautabak. Raucht abak. in Qualität, der Korbbücher Ware ebenbürtig. Täglich Lieferung: 50 000 Rollen.

Kupfer - Messing Quecksilber-Blei-Zinn zum höchsten Tagespreis. Schulzendorfer Str. 2.

Baustellen. Parzellen mit und ohne Waldbestand. Gemeinde Helligensee am Bahnh. Schulzendorf.

Pianos. Stutzflüge, Harmonien jeder Holz- u. Sillart. Kunstspielapparate. Notenrollen.